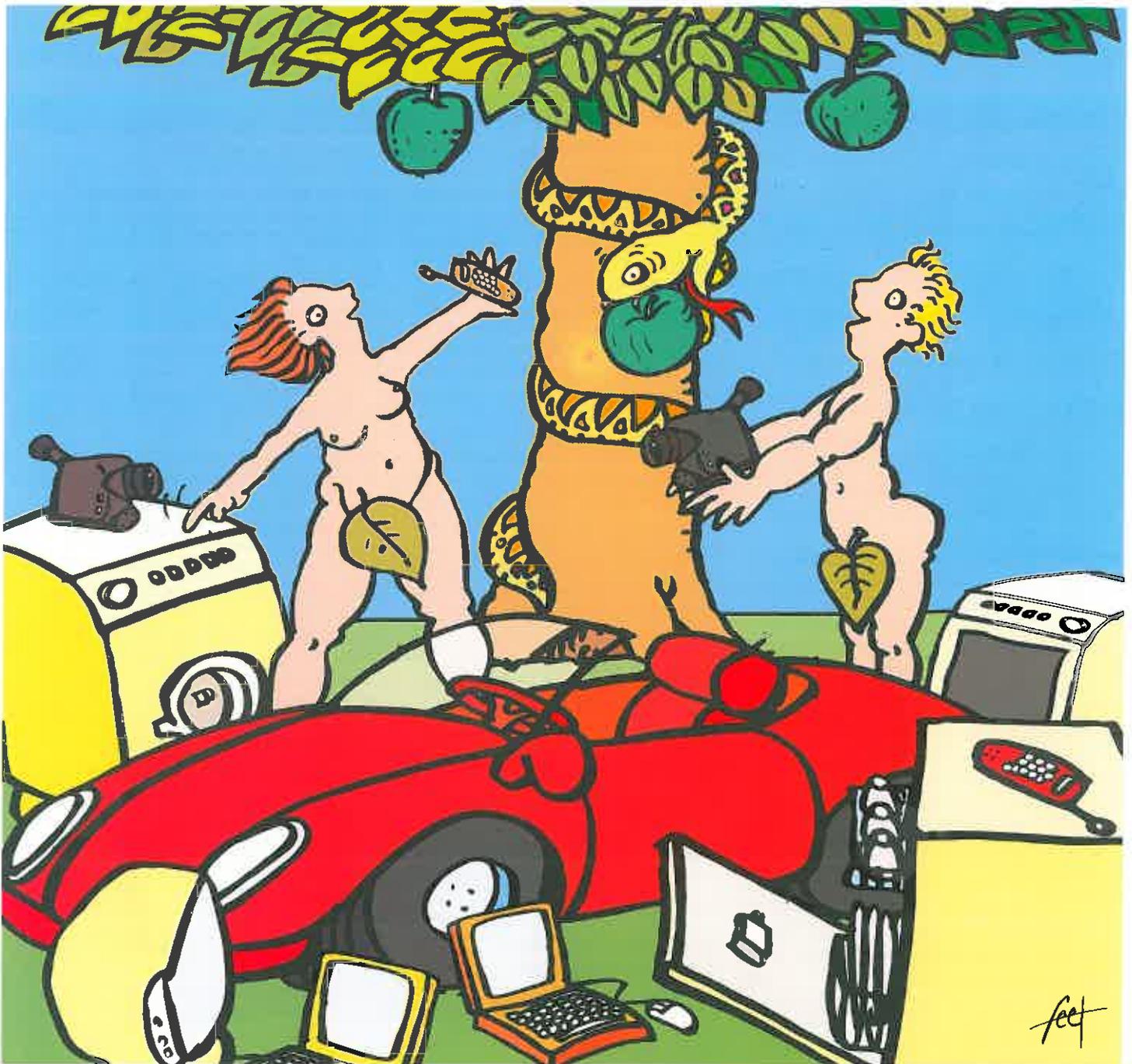


daten & fakten



2/99

MAGAZIN DES LANDESAMTES FÜR
DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK BRANDENBURG

Forschungsprojekt „Kreisgebietsreform in Brandenburg“

Am 5. Dezember 1993 beschloss der brandenburgische Landtag eine tiefgreifende Kreisgebietsreform. Kernstück des Konzeptes der Landesregierung war die Bildung von acht heterogen strukturierten **Sektoralkreisen** rund um die Bundeshauptstadt Berlin, die im Westen, Norden und Osten bis an die Landesgrenze reichen. So wurde im Zuge der Kreisgebietsreform die Zahl der Landkreise von 38 auf 14, die der kreisfreien Städte von sechs auf vier reduziert. Eisenhüttenstadt und Schwedt/Oder verloren ihre Kreisfreiheit. Im Gegenzug dafür wurde ihnen ein finanzieller Ausgleich und eine Aufgabenprivilegierung (erhöhter Aufgabenbestand als normale kreisangehörige Städte) zuerkannt. Bis auf die Prignitz mit ihrer dünnen Besiedlung wurden Landkreise gebildet, die im Durchschnitt 120 000 Einwohner haben und über ca. 2 000 km² verfügen.

So konstituierten sich Anfang 1994 die neuen größeren Kreise, nachdem die Kreistage gewählt worden waren. Deren erste Wahlperiode lief im September 1998 aus.

Dieser Zeitpunkt, so befanden Wissenschaftler des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Potsdam (KWI), scheint besonders gut geeignet zu sein, in einer Zwischenbilanz herauszuarbeiten, welche Ergebnisse und Folgen die Kreisgebietsreform zwischenzeitlich aufweist. Dabei soll auch der Frage nachgegangen werden, in welchem Umfang die damals von der brandenburgischen Landesregierung formulierten politischen, administrativen und wirtschaftlichen Zielsetzungen dieser Reform erreicht worden sind. Auf dieser Basis wird es möglich sein, auf vorhandene Probleme hinzuweisen und Perspektiven für die weitere Entwicklung der Kreise in Brandenburg aufzuzeigen.

Bisher liegen nur wenige empirische Untersuchungen über die langfristigen Resultate von Kreisgebietsreformen in den ostdeutschen Ländern, darunter auch in Brandenburg, vor. Hingegen kann an einer Reihe von

Untersuchungen zu den entsprechenden Reformen in den westdeutschen Ländern, die in den 60er und 70er Jahren stattfanden, angeknüpft werden. Das Projekt könnte somit dazu beitragen, eine bestimmte Lücke in der kommunalwissenschaftlichen Forschung auszufüllen.

Folgende Fragestellungen werden im Rahmen des Forschungsprojektes aufgegriffen und bearbeitet:

- Ist die (finanzielle) Leistungskraft und (personelle und sachbezogene) Verwaltungskraft der Kreise dauerhaft gestärkt worden? Wie hat sich Effektivität, Effizienz und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen der Kreisverwaltungen seit der Kreisgebietsreform entwickelt? Welche Veränderungen gab es in der Verwaltungsstruktur der Kreise (Zentralisierung oder Dezentralisierung)? Ist eine Kostenersparnis eingetreten?
- Hat sich die Sektoralkreisbildung bewährt? Sind die angestrebten regionalpolitischen und wirtschafts- und sozialpolitischen Effekte der Kreisgebietsreformen eingetreten? Konnte das wirtschaftliche Gefälle in den Kreisen abgebaut werden? Ist es zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bürger und zu einem Abbau des Leistungsgefälles zwischen Stadt und Land gekommen?
- Welche langfristigen Konsequenzen hat die Kreisgebietsreform

für die Beschäftigten in den Kreisverwaltungen?

- Wie hat sich die Bürgernähe und Bürgerorientierung entwickelt? Haben sich Ansätze einer neuen Kreisidentität herausgebildet?

Die Forschungsarbeiten stützten sich vor allem auf mündliche Befragungen (Interviews) von Kommunalpolitikern, Landräten, leitendem Verwaltungspersonal und Personalräten. Daneben wird statistisches Material über die Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Kreise ausgewertet und aufbereitet. Dabei stellt sich die Frage nach angemessenen Bewertungskriterien. In dieser Hinsicht scheint eine Mischung aus quantifizierbaren und qualitativen Kriterien angebracht.

Die Arbeiten am Forschungsprojekt haben im Oktober 1998 begonnen. In einem Projektseminar wurden Studenten der Politik- und Verwaltungswissenschaft auf Ihren Einsatz als Interviewer vorbereitet. Im Anschluss wurden dann eine Vielzahl von Interviews durchgeführt. Ein zweites Seminar dieser Art wird im Sommersemester 1999 stattfinden.

Bislang wurden ca. 50 Interviews in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Märkisch-Oderland, Spree-Neiße, Havelland und Oder-Spree erfolgreich durchgeführt. Bis zum Sommer 1999 sollen die Gespräche in allen Landkreisen abgeschlossen sein. Danach werden die Ergebnisse der Befragungen zusammengefasst, mit den statistischen Materialien verknüpft und erste Schlußfolgerungen gezogen. In einem Workshop sollen dann die Resultate der Untersuchungen diskutiert und als Studie veröffentlicht werden. Das Forschungsprojekt soll insgesamt bis Ende 1999 abgeschlossen sein. Eine spätere Ausweitung des Projekts auf die anderen ostdeutschen Länder ist geplant.

Dr. Christiane Büchner

Impressum

Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dortustraße 46, 14467 Potsdam
Telefon: 0331/39405, Telefax: 0331/39418
E-Mail: info@lds.brandenburg.de
Internet: <http://www.brandenburg.de/lds/>

Schriftleitung: Antje Leutholf

Stellvertreterin: Ina Hergert

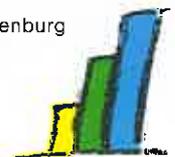
Redaktion: Torsten Haseloff, Birgit Merten, Sabine Reichert, Regina Rothe, Doreen Scheeder, Wilfried Schenk, Renate Sonntag, Brigitte Thein

ISSN: 1430-2071

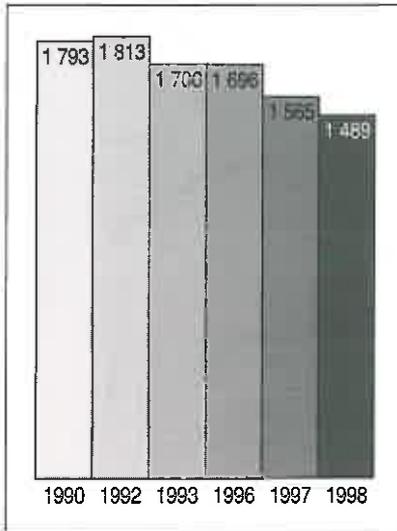
Bezugspreis: 5,00 DM

daten&fakten erscheint halbjährlich im Vieth Verlag

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet



daten & fakten



Entwicklung der Gebietskörperschaften des Landes Brandenburg

4

Forschungsprojekt „Kreisgebietsreform in Brandenburg“ 2

Impressum 2

Gemeindegebietsveränderungen seit Bestehen des Landes Brandenburg 4

Mit dem Amtsschimmel in Richtung Kundenservice 7

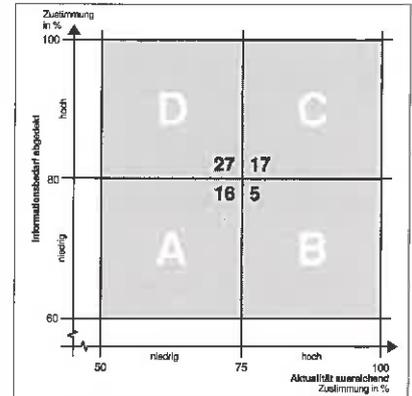
Gemeinsame Pressekonferenz 10

Ausstattung privater Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern 12

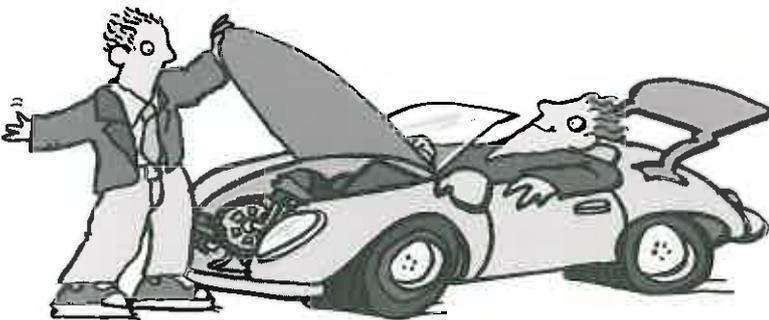
Buchtip 19

Preisindex für die Lebenshaltung im Land Brandenburg 20

Aktuelle Publikationen des LDS Brandenburg 24



7 Kundenbefragung als Teil einer stärkeren Kundenorientierung



Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

12



19 Für alle, die sich mit Verwaltungsreformen in Deutschland beschäftigen

MAGAZIN
DES LANDESAMTES
FÜR DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK
BRANDENBURG **2'99**

Gemeindegebietsveränderungen seit Bestehen des Landes Brandenburg

Nach der Neubildung des Landes Brandenburg am 14. Oktober 1990 setzte sich das Land aus 44 Kreisen mit 1 793 Gemeinden zusammen. 1 169 Gemeinden zählten zur Gemeindegrößengruppe unter 500 Einwohner. Das waren ca. 65 Prozent der Gemeinden des Landes insgesamt. Weitere 25 Prozent waren Gemeinden in der Größengruppe von 500 bis unter 2 000 Personen, ca. 10 Prozent lagen darüber. 89 Personen lebten durchschnittlich auf einem km² Territorialfläche.

Mit Wirkung vom 01. August 1992 kamen gemäß Staatsvertrag zwischen den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze 22 Gemeinden aus Mecklenburg-Vorpommern zum Land Brandenburg hinzu. Davon betraf dieser Zugang mit 6 Gemeinden den Kreis Perleberg und 16 Gemeinden den Kreis Prenzlau.

Aus dem Kreis Perleberg wechselten gemäß des Staatsvertrages 2 Gemeinden und zwei Ortsteile des Landes Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern.

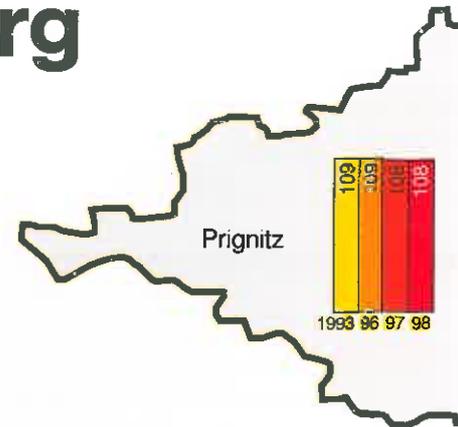
Damit gab es zum 31.12.1992 1 813 Gemeinden im Land Brandenburg.

Ende 1992 waren die Kreise Neuruppin mit 1 264 km² und Perleberg mit 1 218 km² die Kreise mit der größten Territorialfläche. Die Kreise Oranienburg und Senftenberg waren dagegen die Kreise mit der höchsten Bevölkerungsanzahl (124 077 bzw. 107 869 Personen) neben den Stadtkreisen Cottbus und Potsdam. Die Bevölkerungsdichte betrug in den Kreisen Oranienburg 145 und Senftenberg 180 Personen/km² und war nur noch höher in den Stadtkreisen Cottbus (2 577 Personen/km²) und Potsdam (1 378 Personen/km²).

Nach der Kreisgebietsreform im Land Brandenburg am 06. Dezember 1993 reduzierte sich die Anzahl der Kreise auf 14 Landkreise und 4 kreisfreie Städte. Darüber hinaus verringerte sich auch die Anzahl der Gemeinden durch Eingliederungen

bzw. Zusammenschlüsse um 113, damit gab es zu diesem Zeitpunkt 1 700 Gemeinden, darunter 1 113 Gemeinden unter 500 Einwohner. Damit reduzierte sich die Anzahl dieser kleineren Gemeinden gegenüber 1990 um 56, der Anteil dieser Gemeindegrößengruppe an den Gemeinden insgesamt betrug aber nach wie vor ca. 65 Prozent.

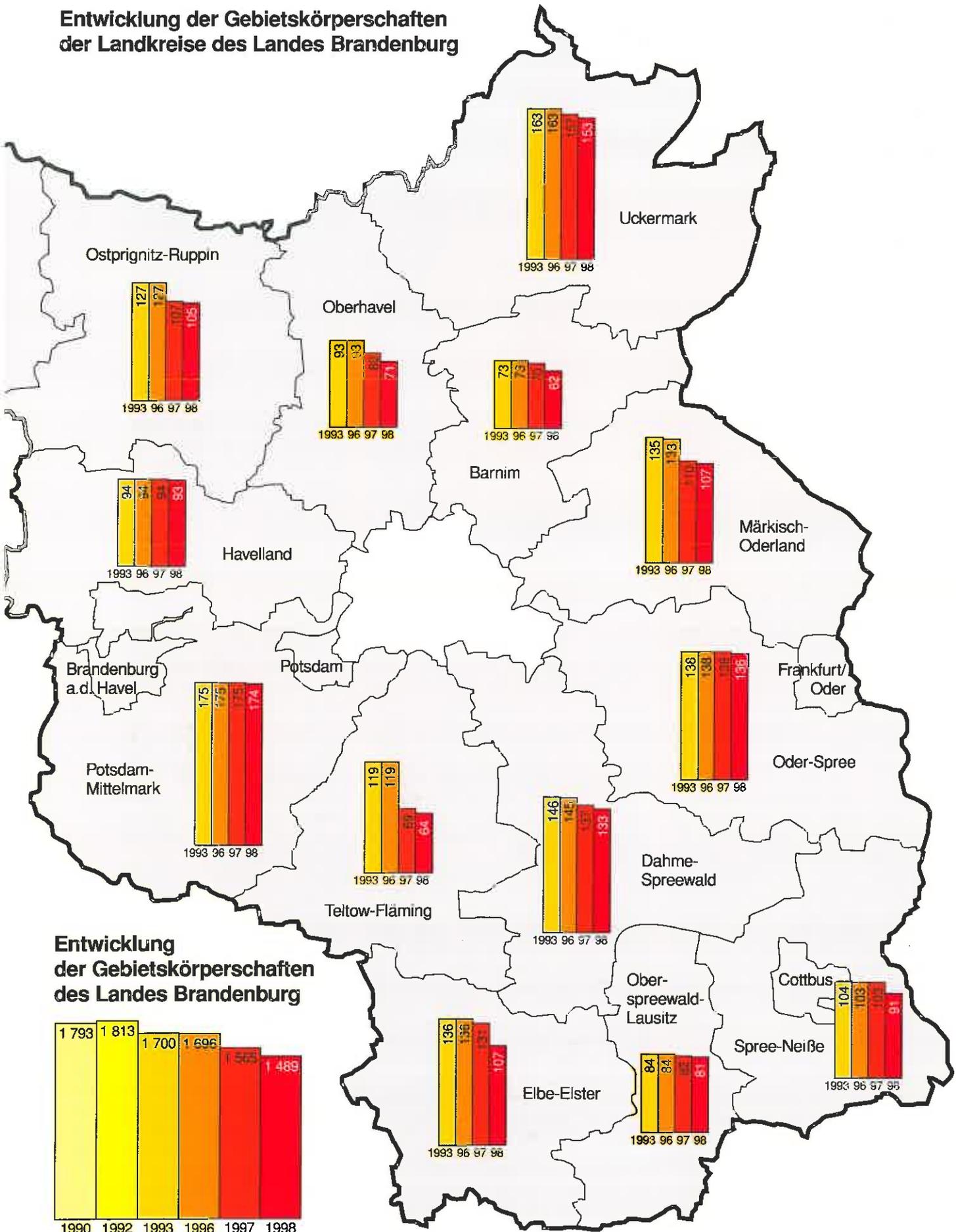
Mit 22 betrafen die meisten Eingliederungen bzw. Zusammenschlüsse den Landkreis Teltow-Fläming, der sich im Wesentlichen aus den Kreisen Jüterbog, Luckenwalde und Zos-



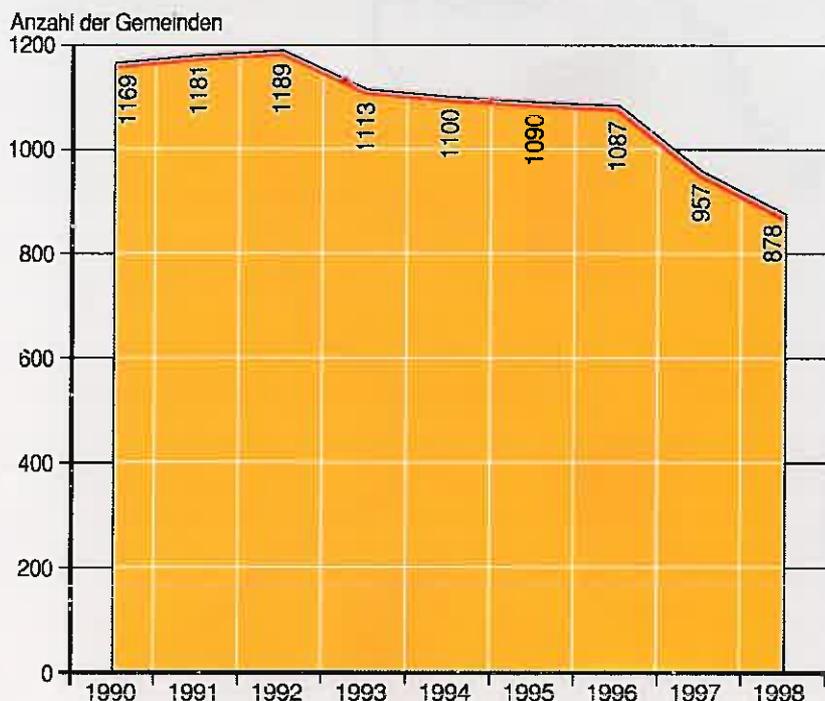
Kreise und Stadtkreise des Landes Brandenburg
Stand 1992



Entwicklung der Gebietskörperschaften der Landkreise des Landes Brandenburg



Entwicklung der Anzahl der Gemeinden in den Größerguppen unter 500 Personen



sen zusammensetzte, und mit 20 den Landkreis Spree-Neiße (ehemals Kreise Cottbus-Land, Forst, Guben und Spremberg) gefolgt von den Landkreisen Elbe-Elster (ehemals Kreise Bad Liebenwerda, Finsterwalde und Herzberg) und Ostprignitz-Ruppin (ehemalige Kreise Kyritz, Neuruppin und Wittstock) mit jeweils 15 Gemeindeeingliederungen.

Während im Jahr 1994 keine und von 1995 bis 1996 nur geringfügige Gemeindegebietsveränderungen zu verzeichnen waren, (1995 eine Eingliederung bzw. 3 Zusammenschlüsse und 1996 eine Eingliederung im Landkreis Spree-Neiße, Gemeinde Kausche in die Stadt Drebkau, und Neugründung der Gemeinde Waldstadt im Landkreis Teltow-Fläming) begann im Jahr 1997 die Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg und setzte sich im Jahr 1998 weiterhin fort.

Seit Beginn des Jahres 1997 gab es im Land Brandenburg im Zuge der Gebietsreform 54 Gemeindeeingliederungen und 153 Gemeindegemeinschaften. So existierten zum 01.01.1999 im Land Brandenburg noch 1489 Gemeinden (einschließlich der vier kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt [Oder] und Potsdam). Da-

mit setzt sich das Land Brandenburg aus 304 Gemeinden weniger zusammen als zum Zeitpunkt der Landesbildung.

Von den Gebietsveränderungen 1997 und 1998 waren alle 14 Landkreise betroffen. Die meisten Eingliederungen betrafen die Landkreise Teltow-Fläming, Elbe-Elster, Märkisch-Oderland, Oberhavel und Ostprignitz-Ruppin. Im Landkreis Teltow-Fläming reduzierte sich die Anzahl der Gemeinden seit Bildung des Landes Brandenburg mit 77 Gemeinden um mehr als die Hälfte.

Nur wenige Veränderungen waren im Rahmen der Gebietsreform in den Landkreisen Prignitz, Potsdam-Mittelmark, Oder-Spree und Oberspreewald-Lausitz zu verzeichnen.

Die höchste Gemeindezahl hat mit 174 gegenwärtig der Landkreis Potsdam-Mittelmark bei einem Landesanteil von ca. 12 Prozent, die kleinste Anzahl der Landkreis Barnim mit 62 Gemeinden, das entspricht einem Landesanteil von ca. 4 Prozent.

Den höchsten Anteil der Gemeinden, in denen weniger als 500 Personen leben, haben die Landkreise Prignitz, Uckermark und Ostprignitz-Ruppin. In diesen Landkreisen wohnen mehr als 70 Prozent der Bevölkerung in Gemeinden der Größengruppe unter 500 Personen.

In sämtlichen Landkreisen, mit Ausnahme des Landkreises Elbe-Elster, gibt es noch Gemeinden, die eine Bevölkerung unter 100 Personen aufweisen. Dies trifft insbesondere für die Landkreise Oder-Spree und Potsdam-Mittelmark zu.

Insgesamt gibt es im Land Brandenburg noch 28 solcher kleinen Gemeinden, darunter haben noch zwei Gemeinden weniger als 50 Einwohner. Das sind die Gemeinden Basdorf im Amt Rheinsberg (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) mit 31 Personen und Drahendorf im Amt Glienicke/Rietz-Neuendorf (Landkreis Oder-Spree) mit 46 Personen. Nur geringfügig mehr als 50 Personen zählt die Bevölkerung der Gemeinden Wochowsee, ebenfalls im Landkreis Oder-Spree, Plattkow und Freesdorf im Landkreis Dahme-Spreewald.

Wie aus den Ausführungen zu entnehmen ist, waren bei den Gemeindegebietsveränderungen der letzten beiden Jahre nicht vorrangig die kleinen Gemeinden betroffen.

Von den Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl unter 500 Personen waren es 198 Gemeinden, von denen unter 100 Personen 11 Gemeinden.

Hierzu trugen die Gebietsänderungen der Landkreise Teltow-Fläming, Elbe-Elster, Märkisch-Oderland und Ostprignitz-Ruppin maßgeblich bei.

Im engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg reduzierte sich die Anzahl der Gemeinden gegenüber 1996 von 276 um 27 auf 249 Gemeinden. Darunter betreffen 19 eingegliederte bzw. zusammengeschlossene Gemeinden den Teil des engeren Verflechtungsraumes im Landkreis Teltow-Fläming, das sind ca. 70 Prozent der Gebietsveränderungen in dieser Region.

Sechs Gemeindegemeinschaften bzw. -eingliederungen führten zur Umwandlung der bis dahin bestehenden Ämter in amtsfreie Gemeinden. Dies betraf folgende Ämter:

Ämter vor der Gemeindegebietsreform	Amtsfreie Gemeinden nach der Gemeindegebietsreform
Barnim-Nord	Finowfurt
Wriezen	Wriezen
Löwenberg	Löwenberger Land
Niedergörsdorf	Niedergörsdorf
Jüterbog	Jüterbog
Wahrenbrück	Wahrenbrück

Damit reduzierte sich die Anzahl der Ämter im Land Brandenburg von 158 auf 152. *Dina Arnold*

Kundenbefragung als Teil einer stärkeren Kundenorientierung

Mit dem Amtsschimmel in Richtung Kundenservice

Warum eine Kundenbefragung?

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB) hat das Ziel, ein moderner Informations- und Kommunikations-Dienstleister für seine Kunden zu werden. Das erfordert eine Ausrichtung der Dienstleistungen an den Bedürfnissen der Kunden und eine „innere Reform“ des Landesamtes, um die Anforderungen zu erfüllen. Anfang 1995 begann die Einführung eines „Neuen Steuerungsmodells“, um die „innere Reform“ voranzubringen. Projektgruppen bearbeiteten die Themen: Personalentwicklung, Organisation, Kosten- und Leistungsrechnung, flexibler Haushalt sowie Kundenorientierung.

Durch den Kontakt mit den Kunden sind die aktuellen Anforderungen zum überwiegenden Teil bekannt. Aber wie groß ist der unbekannte Teil und welche zukünftigen Wünsche gibt es? Die logische Schlussfolgerung aus diesen Fragen ist, die Kunden nach ihren Wünschen zu fragen. Die Projektgruppe Kundenorientierung bereitete eine Kundenbefragung vor, führte sie durch und wertete sie aus. Im Februar/März 1998 schrieb das LDS BB, mit einem Begleitbrief des brandenburgischen Innenministers Alwin Ziel, 1 600 Kunden an. Bis zum Juni gingen die Antworten ein und wurden erfasst. Anschließend erfolgte die Auswertung und Analyse der Befragungsergebnisse bis zum Jahresende. Diesen Schritt unterstützte die Universität Potsdam (Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Prof. Dr. Dieter Wagner) im Rahmen eines Kooperationsvertrages. Die Ergebnisse wurden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Informationsveranstaltungen präsentiert und im hausinternen Intranet sehr detailliert für weitergehende Betrachtungen bereitgestellt.

Wer antwortete auf die Fragen?

An der Kundenbefragung beteiligten sich 43 Prozent der 1 600 angeschriebenen Kunden, die unterschiedliche Fragebögen für Statistik oder Datenverarbeitung erhielten. Die Rücklaufquote betrug dabei 54 Prozent = 213 Kunden für die Landesdatenverarbeitungszentrale (LDVZ) und 39 Prozent = 470 Kunden für die STATISTIK. Dieser Rücklauf ist im Vergleich zu anderen freiwilligen Befragungen sehr gut. Wir bedanken uns auf diesem Wege nochmals bei den Antwortenden für ihre Unterstützung. Die Kunden des LDS BB kommen überwiegend aus Politik und Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene, im Bereich der STATISTIK sind es ca. 55 Prozent und im Bereich der LDVZ ca. 83 Prozent.

Wie zufrieden sind Sie mit dem LDS BB?

Für beide Bereiche des LDS gab es die zentrale Frage nach der „Zufriedenheit insgesamt“.

Überwiegend zufrieden bis sehr zufrieden sind 96 Prozent der Kunden mit der LDVZ und 94 Prozent mit der STATISTIK.

Woher bekommen die Kunden Informationen?

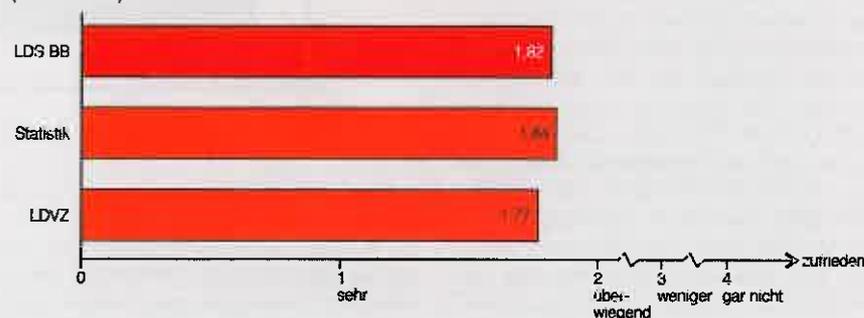
Die Kunden wurden nach ihren Informationsquellen über das Angebot der STATISTIK bzw. der LDVZ gefragt und ob diese Angebote ausreichend sind. Hierbei waren Mehrfachantworten möglich.

Diese Frage beantworteten 433 Kunden der STATISTIK. 40 Prozent sind Abo-Kunden des LDS BB. Rund der Hälfte dieser Kunden reichen die Informationen im Rahmen des Abos aus, während ein kleiner Teil die Veröffentlichungen in den Medien, Pressemitteilungen und/oder die Werbung des LDS als weitere Informationsquellen nutzt und 14 Prozent zusätzlich im LDS BB persönlich nachfragen.

Die Veröffentlichungen in den Medien, Pressemitteilungen und/oder die Werbung des LDS reichen nur neun Prozent der Kunden als alleinige Informationsquellen, während ein Viertel darüber hinaus persönlich nachfragen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass viele Kunden die Medienveröffentlichungen für nicht ausreichend halten.

Der *Benutzerservice* ist die zentrale Ansprechstelle der LDVZ. Von den 165 auf diese Frage antwortenden Kunden der LDVZ nutzen rund 44

Kundenzufriedenheit mit dem LDS BB und seinen Bereichen
(Mittelwerte)



Prozent den Benutzerservice als Informationsquelle. Rund 13 Prozent reichen die Informationen des Benutzerservices aus, während 4 Prozent das Intranet oder/und die Werbung des LDS als weitere Informationsquellen nutzen und die verbleibenden rund 27 Prozent dieser Kunden sich durch eigene Nachfrage weitere, speziellere Informationen beschaffen.

Von den 20 Prozent, die *das Intranet und/oder die Werbung* als erste Informationsquelle nutzen, reichen nur einem Fünftel diese Informationsquellen aus und der erheblich größere Teil fragt nochmals nach.

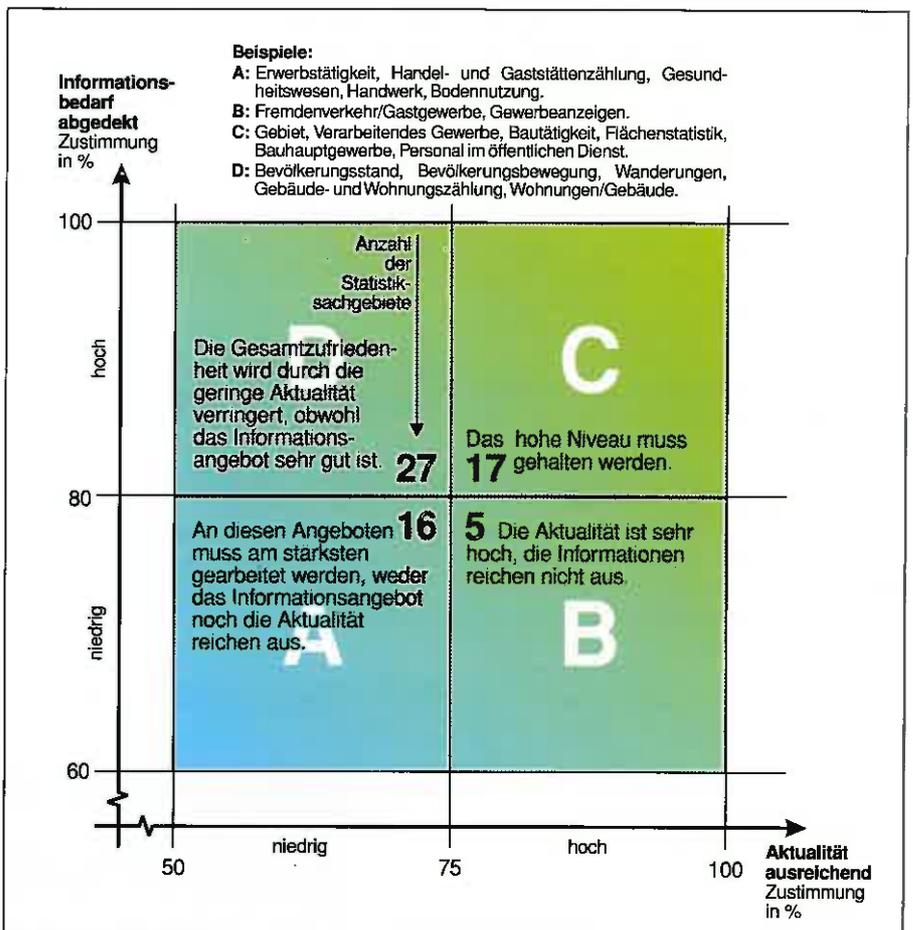
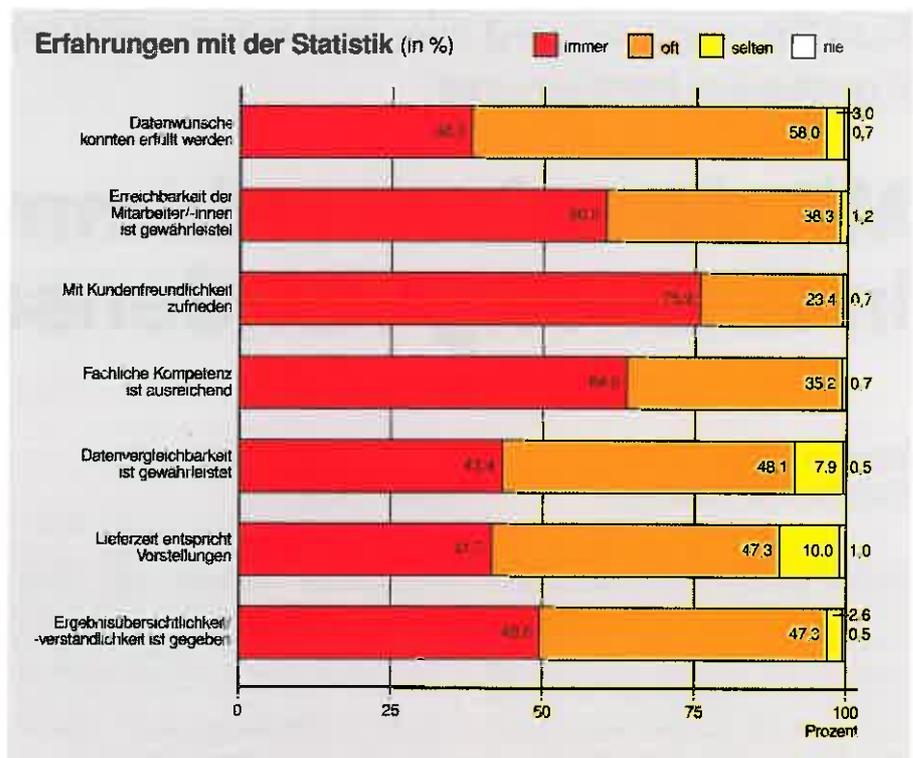
Für **beide Bereiche** gilt, für die Kunden ist die erste Informationsquelle oftmals nicht ausreichend. 40 Prozent der Kunden der STATISTIK und 43 Prozent der Kunden der LDVZ beschaffen sich ihre Informationen über das jeweilige Leistungsangebot durch zusätzliche eigene Nachfrage. Die benötigten Informationen holt sich ein erheblicher Teil der Kunden (STATISTIK 27 Prozent, LDVZ 36 Prozent) ausschließlich durch eigene Nachfrage.

Welche Antworten brachte der STATISTIK-Teil?

Es wurde nach den bisherigen Erfahrungen mit der Statistik anhand konkreter Aussagen gefragt, der Wichtigkeit und Beurteilung des äußeren Eindrucks der Produkte und zu den einzelnen amtlichen Statistiken, ob der Informationsbedarf abgedeckt und die Aktualität ausreichend ist.

Zwischen 89 und 99 Prozent der Kunden antworteten auf die Aussagen der Statistikbeurteilung mit „immer“ oder „oft“. Wegen der Funktion der Statistik als Informations- und Entscheidungsgrundlage ist auf die Kriterien „Erfüllung der Datenwünsche“, „Vergleichbarkeit der Daten“ und „Lieferzeit der Daten“ besonderes Augenmerk zu legen.

Bei der Frage nach der Wichtigkeit des äußeren Eindrucks der Produkte konzentriert sich das Antwortverhalten der Kunden auf die Kategorien „wichtig“ (38 Prozent) und „nicht so wichtig“ (46 Prozent). Das Gesamtlayout und die einzelnen Elemente der Veröffentlichungen der STATISTIK wird von über 80 Prozent der Kunden mit „gut“ bis „sehr gut“ beurteilt. Zur weiteren Einschätzung der 65 Statistiksachgebiete des LDS BB wurden die Fragen nach der Abdek-



kung des Informationsbedarfes und der ausreichenden Aktualität der jeweiligen Statistiken aus diesen Sachgebieten gestellt. Diese Fragen be-

antworteten zwischen 60 und 95 Prozent der Nutzer der verschiedenen Sachgebiete. Während die Abdeckung ihres Infor-

mationsbedarfes durch die Statistiken von einem hohen Prozentsatz der Nutzer bestätigt wird, fällt der Prozentsatz der Kunden, die die Frage nach der ausreichenden Aktualität positiv beantworten geringer aus. Hierbei ist zu klären, inwieweit das LDS Einfluss auf die Aktualität nehmen kann oder ob externe Rahmenbedingungen es verhindern.

Die folgende Betrachtung ist eine erste Einteilung zur Überprüfung des von den Kunden abgegebenen Urteils über die Statistiksachgebiete.

Schlussfolgerungen

Bei der weiteren Analyse in den einzelnen Statistiksachgebieten sind u.a. folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Vorgaben sind per Gesetz festgelegt?
- Welche Informationen liegen vor und sind bisher nicht in den Angeboten enthalten?
- Welche Informationen sind zusätzlich aufzunehmen?
- Sind den Kunden die vorhandenen Datenbestände bekannt?
- Kann durch eine Prozessoptimierung Zeit gespart werden?
- Weiß der Kunde warum eine höhere Aktualität oder weitergehende Informationen nicht möglich sind?
- Welche Hemmnisse können durch das LDS BB positiv beeinflusst werden?

Sicher werden sich auch im Prozess der Analyse in den Sachgebieten weitere allgemeingültige Fragestellungen herauskristallisieren.

Welche speziellen Kundenwünsche wurden geäußert?

Neben der Einschätzung der bisherigen Produkte der STATISTIK wurden die Kunden auch nach ihren Wünschen gefragt, um zukünftig stärker auf deren Bedürfnisse einzugehen. Zusätzliche Wünsche an den Bereich STATISTIK des LDS BB äußerten 254 = 54 Prozent der Kunden (Mehrfachantworten waren möglich). Vorrangig werden Wünsche nach

- zusätzlicher Information (162 Kunden) und zu
- statistischen Trendanalysen (144 Kunden) geäußert.

Ein geringerer Bedarf, aber sicherlich nicht unerheblicher, besteht

nach statistischen Komplexanalysen (68 Kunden) und Beratungen (z.B. Methodik, Definition von Merkmalen, Interpretation oder Auswertung bestimmter Statistiken; 74 Kunden).

Welche Antworten brachte der LDVZ-Teil?

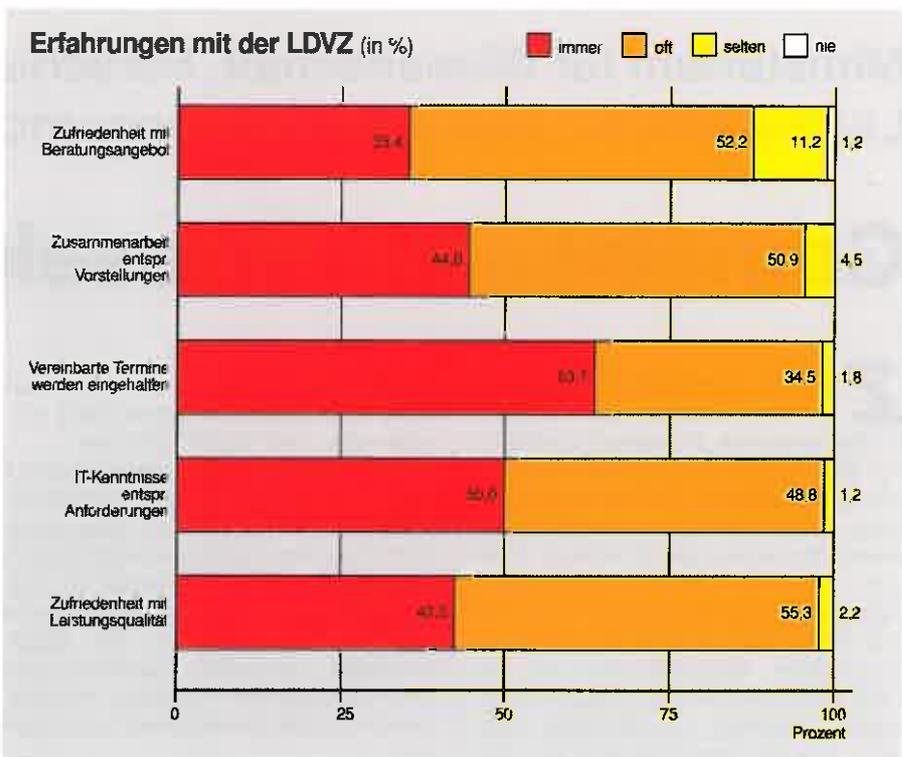
Die Kunden wurden nach den bisherigen Erfahrungen mit der LDVZ befragt, der Zufriedenheit mit ihren verschiedenen Ansprechstellen, der Wichtigkeit und der Zufriedenheit mit den erbrachten Leistungen der einzelnen Geschäftsfelder der LDVZ sowie der Wichtigkeit der weiteren Ausgestaltung von zukünftigen Geschäftsfeldern.

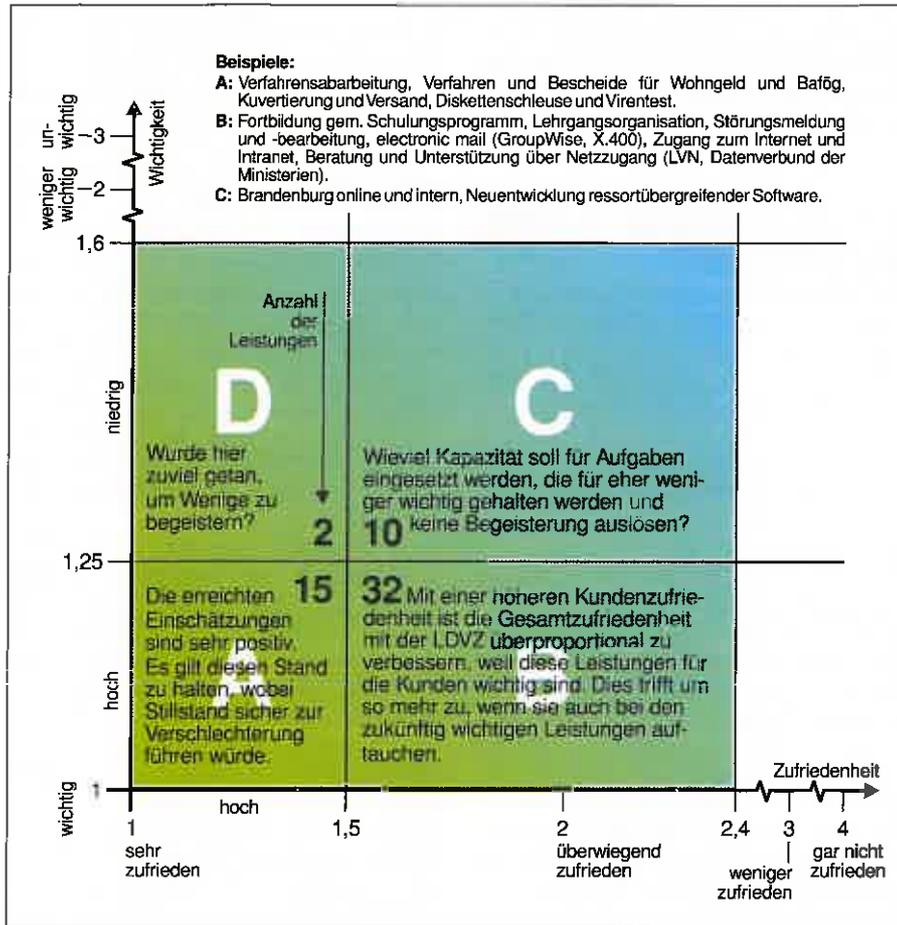
Bei den bisherigen Erfahrungen mit der LDVZ äußerten sich die Kunden positiv bis sehr positiv. Hervorzuheben sind hierbei insbesondere die Bewertungen bei der Einhaltung vereinbarter Termine und den Anforderungen entsprechende IT-Kenntnisse. Verbesserungswürdig ist insbesondere das Beratungsangebot.

Bei den Ansprechstellen Benutzerservice, Anwendungsdezernate, Rechenzentrum, Leitstelle Wohngeld, IT-Aus- und Fortbildung fällt der Grad der Zufriedenheit noch positiver als im Gesamturteil zur LDVZ aus. Die attestierte Zufriedenheit mit der Kundenfreundlichkeit, der Kompetenz

und der Erreichbarkeit spiegelt die bisherigen Bemühungen um Kundenorientierung wider, ist aber trotzdem weitere Überlegungen wert, wie z.B. die Erreichbarkeit noch verbessert werden kann. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der engen Bindung von Kunde und Ansprechstelle zur Zufriedenheit der Kunden. So bekommt die Leitstelle Wohngeld durchgehend die besten Einschätzungen, was mit Sicherheit auch auf die über Jahre hinweg bestehenden Kontakte zwischen vertrauten Partnern zurückzuführen ist. Da hat es der Benutzerservice mit häufig wechselnden Partnern auf beiden Seiten unverhältnismäßig schwerer.

Zur Einschätzung der neun Geschäftsfelder und darunter ausgewiesenen 59 Leistungen wurden die Kunden nach der Wichtigkeit und Zufriedenheit befragt. Auch hierbei erfolgte eine Einteilung, um eine Beurteilungsgrundlage zu schaffen. Bei Werten der Wichtigkeit zwischen 1 und 1,25 wurde diese als „hoch“ eingestuft und zwischen 1,25 und 1,6 als „niedrig“. Bei der Zufriedenheit sind Werte zwischen 1,0 und 1,5 „hoch“ und zwischen 1,5 und 2,4 „niedrig“. Die Beispiele wurden nicht nur nach den Extremwerten, sondern auch nach den Kundenzahlen ausgewählt. Generell ist zu beachten, dass die Antworten oftmals aus dem DV-Blick-





winkel gegeben wurden, der eigentliche Vorteil aber beim Anwender liegen kann.

Welche zusätzlichen Geschäftsfelder wollen die Kunden von uns angeboten bekommen? Es wurden acht Geschäftsfelder mit 29 Leistungen vorgegeben und außerdem bestand die Möglichkeit sich im Kommentar zu äußern. Auch hier nur einige Beispiele, die unter den bereits o.g. Kriterien ausgewählt wurden. Wichtig sind dem Kunden die Leistungen: Kundengerechte Gruppenschulungen, Leistungserweiterung LVN-Fachnetz LDS BB, Beratung und Unterstützung beim Netzwerkaufbau und -management, Unterstützung der Verwaltung durch verstärkten Einsatz von Verwaltungssoftware und Kundenbetreuer, während für eher unwichtig gehalten werden: Projektleitung und Management, Scannen von Dokumenten, Accounting, Aufbau einer Server-Farm und Sprachvermittlung.

Diese Ergebnisse und viele Detailangaben liegen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor und nun geht es darum die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Einige Beispiele werden wir in der nächsten Ausgaben vorstellen.
Antje Leutholf

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur + Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Gemeinsame Pressekonferenz

Zu einer gemeinsamen Pressekonferenz luden der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Steffen Reiche und der Direktor des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Arend Steenken, am 15. Februar 1999 ein.

Anlass war das Erscheinen des Heftes 1/99 „Studierende an brandenburgischen Hochschulen“ in der LDS-Publikationsreihe „Daten + Analysen“. Erstmals verständigte man sich, die Pressekonferenz auf der

Grundlage der thematischen Vorgabe in enger Zusammenarbeit vorzubereiten und durchzuführen.

Neben dem thematischen Anlass brachte die gemeinsame Pressekonferenz den Veranstaltern, aber auch dem Kreis der Medienvertreter gleich zweierlei Nutzen. So konnten in konzentrierter Form zwei kompetente Landesbehörden durch ein abgestimmtes Vorgehen sachbezogen und kompakt die neuesten Informationen an die Öffentlichkeit weitergeben.

Herr Steenken schilderte zusammenfassend die Entwicklung der brandenburgischen Hochschulen anhand der seit dem Wintersemester 1992/93 durchgeführten Studentenzustatistik. Dieses Resümee bezog sich, wie auch die Ausführungen in der vorgestellten Publikation, bis zum Wintersemester 1997/98, wird jedoch im folgenden Abschnitt mit den aktuell vorliegenden Daten des Wintersemesters 1998/99 nochmals dargestellt.



Seit der Wiedervereinigung Deutschlands vollzog sich im Land Brandenburg die **Neustrukturierung von Wissenschaft, Forschung und Lehre**. 3 Universitäten und 5 Fachhochschulen wurden neu gegründet, darüber hinaus zwei Verwaltungsfachhochschulen. Die seit 1954 bestehende Hochschule für Film und Fernsehen blieb mit ihrem einzigartigen Ausbildungsprofil bestehen. Mit der Neuordnung der Hochschulen wurden zahlreiche Studiengänge eingeführt, darunter in der Bundesrepublik selten angebotene Studienrichtungen, wie beispielsweise „Jüdische Studien“, „Stadt- und Regionalplanung“, „Umweltgenieurwesen“, und „Verfahrenstechnik“ oder in neu eingerichteten, die nur an brandenburgischen Hochschulen gelehrt werden, wie ein nicht verwaltungsinternes Studium „Archivwesen“ sowie „Landschaftsnutzung und Naturschutz“.

Die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1998/99 erreichte mit 27 531 den Höchststand seit der Neugründung der 11 Hochschulen. Mehr als die Hälfte aller Studierenden waren Frauen. Der Anteil ausländischer Studierender erhöhte sich seit 1992 von 2,7 auf rund 8,7 Prozent. Auch von den ausländischen Studierenden waren die Hälfte Frauen. Die meisten Ausländer studierten an der Europa-Universität Viadrina, wo ihr Anteil im Herbst 1998 bereits auf 42 Prozent stieg. Damit liegt Brandenburg beim Ausländeranteil an den Hochschulen im bundesdeutschen Trend, der im Wintersemester 1997/98 ebenfalls bei 8,7 Prozent lag. Gegenüber den anderen neuen Bundesländern, bei denen der Anteil bei 4–5 Prozent stagniert, verzeichnete Brandenburg seit 1992 eine steigende Tendenz.

Außer an den beiden Verwaltungsfachhochschulen nahm an allen anderen Hochschulen die Zahl der Studierenden zu. An den fünf Fachhochschulen

stieg die Studierendenzahl sogar auf das Siebenfache, so dass fast 30 Prozent aller Studierenden einen Abschluss an einer Fachhochschule (ohne Verwaltungsfachhochschulen) anstrebten.

Die bevorzugtesten Studienrichtungen waren seit 1992 die Fächer der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in der die Zahl der Studierenden auf das Dreifache anstieg. 41,3 Prozent aller Studierenden belegte im Wintersemester 1998/99 ein Studienfach dieser Fächergruppe.

Fast 65 Prozent aller Studierenden strebte als Hochschulabschluss ein Diplom an; 1992 waren es nur reichlich 40 Prozent. Zurückgegangen ist dagegen der Anteil Studierender, die ein Lehramtsstudium (einschließlich Ergänzungs- und Erweiterungsstudium) anstreben (1992/93: 45 Prozent; 1998/99: knapp 13 Prozent).

Der Anteil der Studierenden, der die Hochschulreife im Land Brandenburg erwarb und auch ein Studium an den Hochschulen Brandenburgs aufnahm, ging seit 1992 von rund 68 Prozent auf 47 Prozent zurück. Dafür nahm die Zahl der Studierenden aus anderen Bundesländern zu. Allein fast 4 000 Studierende kamen aus Berlin.

Das Durchschnittsalter der Studierenden im Erst- und Zweitstudium stieg in den letzten Jahren auf 23,9 Jahre an, wobei die Männer durchschnittlich 1,4 Jahre älter als ihre Kommilitoninnen waren. Die Studierenden an der Hochschule für Film und Fernsehen sind durchschnittlich über 4 Jahre älter, während sie an den Verwaltungsfachhochschulen 2 Jahre jünger sind. Die unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen und Wartezeiten auf einen Studienplatz beeinflussen das Alter bei Studienbeginn. Auch die zunehmende Zahl von Studierenden im Zweitstudium wirkt erhöhend auf das Durchschnittsalter.

Diesen Ausführungen folgte ein Statement des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur mit ergänzenden Hinweisen und Informationen zu weiteren aktuellen Entwicklungen im Hochschulbereich. Dabei zeigte sich, dass durch die zielgerichtete Bereitstellung und Nutzung des Datenmaterials der amtlichen Statistik, wichtige politische Entscheidungen abgeleitet werden können. Minister Reiche führte dazu u.a. aus:

„...Zahlen sind zwar tote Gebilde, doch sind sie für die Politik als Entscheidungsgrundlagen und als seismische Fühler von großer Bedeutung. Erst wenn man die richtigen Sinnzusammenhänge herstellt, wenn man mit den richtigen Fragestellungen an die anfallenden Datenmengen herangeht, werden diese lebendig und unabdingbarer Bestandteil des politisch-gesellschaftlichen Gemeinwesens. Wir jedenfalls danken dem LDS und Herrn Steenken für ihre verantwortungsbewußte und wichtige Arbeit. Mit dem vorliegenden Heft beweist das LDS zudem, dass es die richtigen Fragen an die Datenmengen stellt und somit ein wichtiger Partner für die Landesregierung ist.“

Sehr rege nutzten die Journalisten die Anwesenheit dieser zwei kompetenten Persönlichkeiten, um tiefere bzw. detailliertere Informationen über das Studieren an brandenburgischen Hochschulen zu erhalten. Die Veranstaltung verlief für beide Behörden erfolgreich und sollte Anlass sein, auch bei künftigen Pressekonferenzen – wenn die thematische Eingrenzung dies zulässt – die Zusammenarbeit mit anderen Partnern zu suchen.

Minister Reiche nahm die Gelegenheit wahr, den Aufenthalt im LDS mit einer kleinen Hausbesichtigung abzuschließen und besuchte die Räumlichkeiten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. Beeindruckt nahm er den Hinweis von Herrn Steenken auf, dass das Rechenzentrum als wichtige Säule des LDS und als zentraler Dienstleister externer Auftraggeber, immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Mit dieser Stippvisite wurde das Interesse des Ministers für eine ausführliche Hausbesichtigung geweckt, die er mit einem ausgewählten Mitarbeiterstab seines Ministeriums durchführen möchte.

Fritz W. Ebert; Regina Rothe

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe:

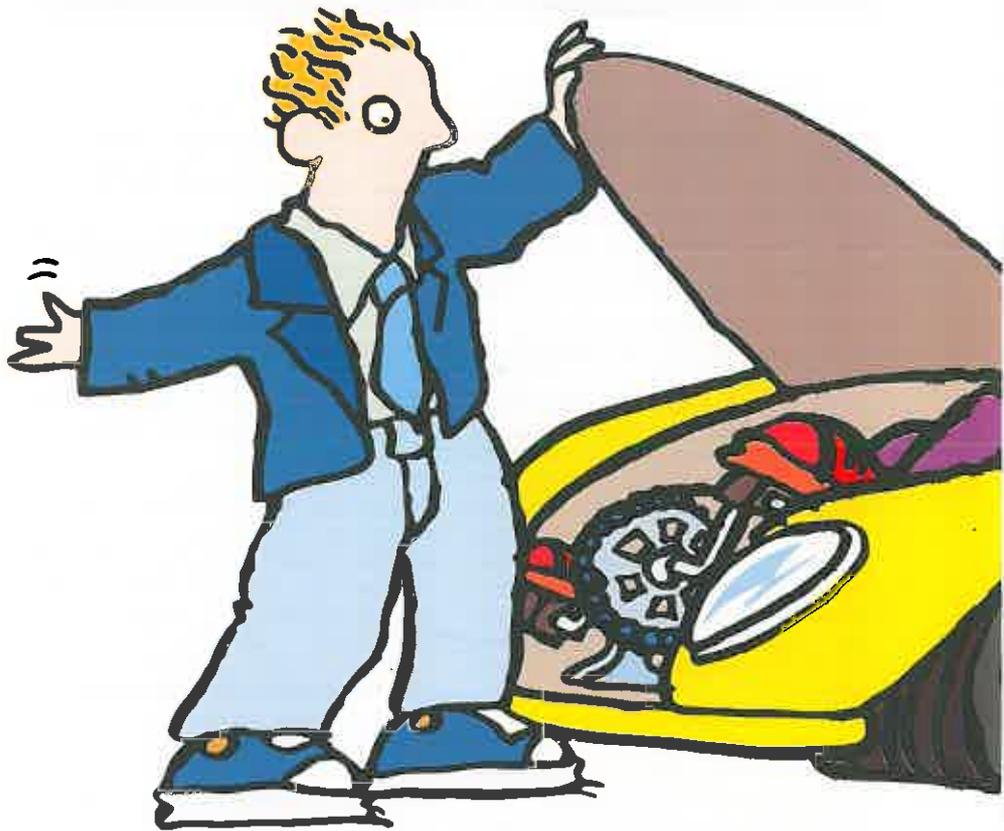
Ausstattung privater Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern

Ergebnisse zur Ausstattung privater Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern gewinnt die amtliche Statistik aus der in fünfjährigem Turnus stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Die EVS wurde zuletzt 1998 bundesweit zum achten und in den neuen Ländern und Berlin-Ost zum zweiten Mal durchgeführt. Befragt werden auf repräsentativer Basis ausgewählte Haushalte.

Teilnahme ist freiwillig

Die Teilnahme der Haushalte an der EVS ist freiwillig. Die Haushalte werden im Rahmen vielfältiger Werbemaßnahmen durch die Landesämter gewonnen.

Zur Sicherung der Repräsentation der nach verschiedenen Haushaltsmerkmalen gegliederten Ergebnisse erfolgte die Werbung der Haushalte auf der Basis eines länderweise vorgegebenen Quotenplanes. Quotierungsmerkmale (s. Kasten) waren der Haushaltstyp, die soziale Stellung des Haupteinkommensbezieher und das monatliche Haushaltsnettoeinkommen.



Haushaltstyp

- Einpersonenhaushalt
- Ehepaar/Lebenspartnerschaft ohne Kinder
- Ehepaar/Lebenspartnerschaft mit Kind(ern)
darunter: ein Partner berufstätig
beide Partner berufstätig
- Alleinerziehende(r)
- Sonstiger Haushalt

Soziale Stellung der/des Haupteinkommensbezieherin/s

- Selbständige(r)
- Beamte(r)
- Angestellte(r)
- Arbeiter(in)
- Arbeitslose(r)
- Nichterwerbstatige(r)

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in DM

- unter 1 400
- 1 400 bis unter 2 500
- 2 500 bis unter 5 000
- 5 000 bis unter 7 000
- 7 000 und mehr

In Brandenburg beteiligten sich rund 2 300 Haushalte an der EVS '98. Deren Angaben wurden auf die Gesamtheit von knapp 1,1 Millionen privater Haushalte in Brandenburg hochgerechnet.

Die Quotenvorgaben lassen wegen der zu geringen Besetzung einzelner Schichten für das Land Brandenburg keine tiefe Merkmalsgliederung zu. Die Aussagen bleiben in der Regel auf Einzelmerkmale beschränkt. Die Darstellung von Ergebnissen nach Merkmalskombinationen, wie z.B. Haushaltstyp gegliedert nach der

schluss, soziale Stellung sowie Angaben über die Wohnsituation, die Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern und zum Eigentum an Grundvermögen erfragt.

Die Ergebnisse aus dem Einführungsinterview liegen bereits vollständig vor.

Aus dem **Haushaltsbuch** gewonnene Ergebnisse zu den Einnahmen nach Einnahmearten und -höhe für jede im Haushalt lebende Person sowie allen Ausgaben für den Haushalt insgesamt werden noch für 1999 erwartet.

samtbevölkerung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist die Ausstattung privater Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern im Land Brandenburg in den vergangenen fünf Jahren angestiegen. Auf den bei ausgewählten Gebrauchsgütern erreichten Ausstattungsstand wird in den folgenden Ausführungen näher eingegangen.

Fahrzeuge

Der Besitz eines Autos spielt in einem Flächenland wie Brandenburg, insbesondere unter Mobilitätsgesichtspunkten, eine wichtige Rolle. Drei von vier privaten Haushalten (74,7 Prozent) verfügten Anfang 1998 über mindestens einen Personenkraftwagen. Das entsprach nahezu dem Ausstattungsgrad im früheren Bundesgebiet (76,2 Prozent) und war deutlich höher als im Durchschnitt der neuen Länder einschließlich Berlin-Ost (70,6 Prozent).

Erhebliche Unterschiede gibt es beim Autobesitz zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten. Während von den Einpersonenhaushalten mit dem hohen Anteil von alleinlebenden Rentnern/innen lediglich 37,8 Prozent einen PKW hatten, lag der Ausstattungsgrad der Zweipersonenhaushalte bereits bei 84,0 Prozent und stieg dann kontinuierlich bis zu den Haushalten mit fünf und mehr Personen auf 99,0 Prozent an.

Deutliche Unterschiede im Besitz von Autos sind zwischen Paaren (Ausstattungsgrad 91,3 Prozent) und Alleinerziehenden (65,2 Prozent) zu verzeichnen.

Jeweils neun von zehn Arbeiter- bzw. Angestelltenhaushalte verfügten über mindestens einen PKW. In Beamten- und Selbständigenhaushalten liegt dieser Ausstattungsgrad mit jeweils rund 97 Prozent noch höher. Unterdurchschnittlich ist der Ausstattungsgrad in Arbeitslosenhaushalten mit 62 Prozent und Haushalten von Nichterwerbstätigen (überwiegend Rentnern) mit 49 Prozent.

Gebrauchte Fahrzeuge und Neuwagen waren im Landesdurchschnitt etwa gleich stark von den Haushalten gefragt. In größeren Haushalten wurden allerdings mehr Gebrauchtwagen als Neuwagen gekauft. Dies ist auch in Haushalten von Arbeitern und Arbeitslosen der Fall, während Rentnerhaushalte überwiegend den Kauf eines Neuwagens bevorzugten. Das Auto-Leasing spielt im Bereich der Privathaushalte in Brandenburg eine untergeordnete Rolle.



sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers/der Haupteinkommensbezieherin sind auf Grund der geringen Besetzungszahlen auf Landesebene nur sehr eingeschränkt möglich.

Erhebung in drei Teilen

Die EVS 98 umfasst drei Erhebungsteile:

- Einführungsinterview
- Haushaltsbuch
- Feinaufzeichnungsheft

Mit dem **Einführungsinterview** wurden im Januar 1998 sozioökonomische Daten, wie z.B. Geschlecht, Alter, Familienstand, Ausbildungsab-

Ergebnisse zu den vom Haushalt gekauften Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren detailliert nach Mengen und Preisen, die aus den Angaben im **Feinaufzeichnungsheft** ermittelt werden, liegen voraussichtlich im Jahr 2000 vor.

Ausstattung mit Gebrauchsgütern angestiegen

Einen Schwerpunkt des Einführungsinterviews bildete die Frage nach dem Besitz privater Haushalte an **Gebrauchsgütern**. Die Ausstattung mit Gebrauchsgütern ist ein Gradmesser für den Lebensstandard des einzelnen Haushalts und der Ge-



Große Anzahl von Haushalten besitzt mehr als ein Auto

Zunehmendes Gewicht ist der **Mehrfachausstattung** von Haushalten mit Personenkraftwagen beizumessen. Jeder fünfte Haushalt in Brandenburg besaß Anfang 1998 mehr als einen PKW. Immerhin 194 000 Haushalte konnten einen zweiten PKW nutzen und 27 000 Haushalte verfügten über mindestens drei PKW. Daraus und aus den 591 000 Haushalten mit nur einem PKW ergibt sich ein Ausstattungsbestand (s. Kasten) in Brandenburg von 97,5 PKW je 100 Haushalte. Das ist nach Rheinland-Pfalz, Bayern, dem Saarland, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen der siebthöchste Ausstattungsbestand von allen Bundesländern.

Der **Ausstattungsbestand** ist das statistische Maß der Anzahl, wie viele Güter in 100 Haushalten vorhanden sind. Während der **Ausstattungsgrad** das statistische Maß dafür ist, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gut überhaupt besitzen. Bei einer Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand immer größer als der Ausstattungsgrad.

Fahrräder weiter verbreitet als das Auto

Im Straßenverkehr bei weitem nicht so auffällig wie das Auto, waren Fahrräder in mehr Haushalten als das Auto zu finden. Im Vergleich zu 1993 ist allerdings ein leichter Rückgang im Ausstattungsgrad von 83,4 Prozent auf 82,8 Prozent der Haushalte eingetreten. Wobei der Anteil der Haushalte mit Fahrrädern in Brandenburg noch deutlich höher als im Durchschnitt der neuen Länder einschließlich Berlin-Ost (73,5 Prozent) ist und auch über dem im früheren Bundesgebiet (81,6 Prozent) liegt.





Auch beim Fahrrad steigt der Ausstattungsgrad mit zunehmender Haushaltsgröße. Nahezu alle Haushalte mit zwei und mehr Kindern verfügen über Fahrräder.

Erwartungsgemäß ist die Mehrfachausstattung noch häufiger als beim Auto anzutreffen. 34 Prozent der Haushalte mit Fahrradbesitz konnten zwei Fahrräder und sogar 37 Prozent mindestens drei Fahrräder nutzen. Je 100 Haushalte wurde mit der EVS ein Ausstattungsbestand von 193 Fahrrädern für Brandenburg ermittelt.

Das ist nach Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein der vierthöchste Bestand aller Bundesländer.



Rückläufig war die Verbreitung von **Krafträdern** (einschließlich Mofas) in brandenburgischen Haushalten. Der Ausstattungsgrad sank von 10,0 Prozent Anfang 1993 auf 8,0 Prozent Anfang 1998. Der Ausstattungsgrad entsprach dem der neuen Bundesländer einschließlich Berlin-Ost. Im früheren Bundesgebiet lag er mit 11,5 Prozent deutlich höher.

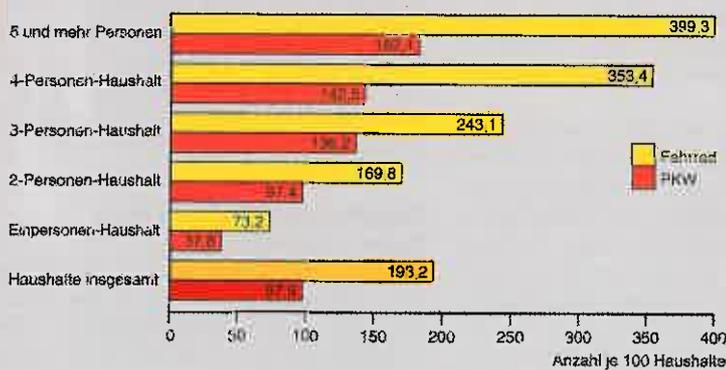
Die Mehrfachausstattung spielt bei Krafträdern im Vergleich zu den Fahrrädern und Autos nur eine untergeordnete Rolle.

Elektrische Haushaltsgeräte

Zur Standardausstattung privater Haushalte gehören **Kühlschrank** und **Waschmaschine**.

Kühlschränke sind bundesweit in 99 Prozent der Haushalte vorhanden.

Ausstattungsbestand privater Haushalte mit PKW und Fahrrädern nach der Haushaltsgröße in Brandenburg im Januar 1998



Geringfügige Unterschiede zwischen den Ländern gibt es allenfalls noch in der Mehrfachausstattung der Haushalte mit Kühlschränken. So ist die Mehrfachausstattung in Brandenburg mit einem Ausstattungsbestand von 110 Kühlschränken je 100 Haushalte etwas weiter verbreitet als im Durchschnitt der neuen Länder einschließlich Berlin-Ost mit 108 Kühlschränken je 100 Haushalte.

Die Möglichkeit Nahrungsmittel tiefgefroren aufzubewahren hatten in Brandenburg 82,0 Prozent der Haushalte. Im Vergleich zum Kühlschrank, der unabhängig von der Haushaltsgröße in Brandenburg in fast allen Haushalten zu finden ist, gibt es in der Verbreitung von Gefrierschränken (auch Kombinationen) bzw. Gefriertruhen noch Unterschiede zwischen den Haushaltsgrößen. So steigt der Ausstattungsgrad von 60 Prozent im Einpersonenhaushalt über 92 Prozent im Dreipersonenhaushalt auf eine Vollaussattung in Haushalten mit fünf und mehr Personen an.

Über eine Waschmaschine verfügten 94,9 Prozent der Brandenburger Haushalte. Das entsprach dem Durchschnitt der neuen Länder einschließlich Berlin-Ost und lag über dem Ausstattungsgrad von 91,2 Prozent im früheren Bundesgebiet.

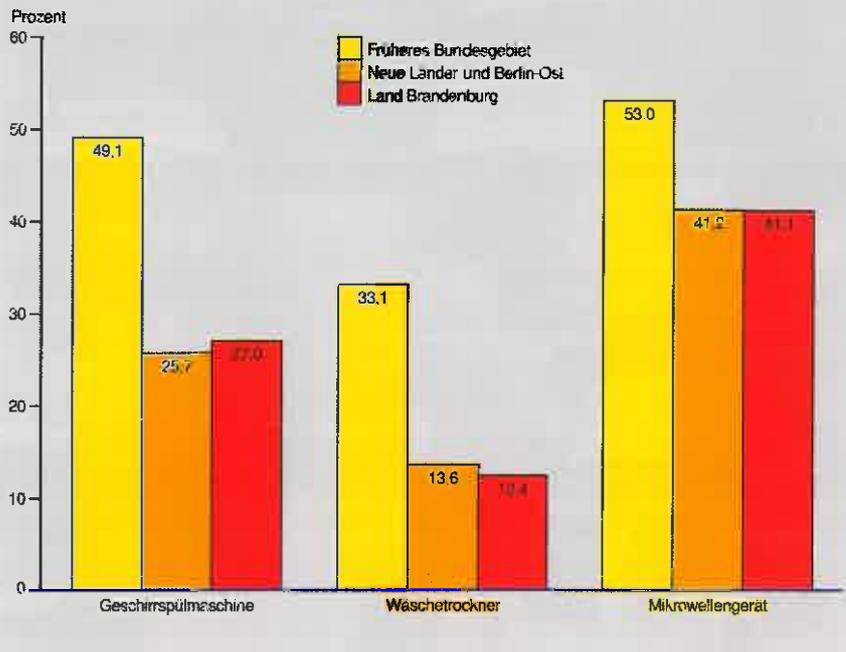
Waschmaschinen gab es praktisch in jedem Mehrpersonenhaushalt. Während immerhin jeder sechste Einpersonenhaushalt seine Wäsche nicht mit der eigenen Waschmaschine wusch.

Geschirrspüler, Wäschetrockner, Mikrowellengerät erleichtern die Hausarbeit

Weitere „Haushaltshelfer“ wie die Geschirrspülmaschine, der Wäschetrockner und das Mikrowellengerät, die 1993 in Brandenburg, wie im gesamten Osten der Republik, wenig verbreitet waren, hielten rasch Einzug in die Hausarbeit.

Bereits in jedem vierten Haushalt (1993 in jedem vierzigsten) erleichtert ein Geschirrspüler die Hausarbeit. Erwartungsgemäß steigt die Verbreitung mit zunehmender Haushaltsgröße stark an. So lag Anfang 1998 der Ausstattungsgrad mit Geschirrspülmaschinen zwischen knapp 6 Prozent in Einpersonenhaushalten und 60 Prozent in Haushalten mit fünf und mehr Personen. Überdurchschnittlich hoch ist die Verbreitung in Beamtenhaushalten (46 Prozent) und in Angestellten-

Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten elektrischen Haushaltsgeräten Anfang 1998



haushalten (40 Prozent). Rentnerhaushalte (11 Prozent) greifen weniger auf diese „Haushaltshilfe“ zurück. Einen Wäschetrockner setzten 12,4 Prozent der Haushalte bei der Wäschepflege ein. Vor fünf Jahren besaß kaum jemand ein solches Gerät (1,3 Prozent).

Der Verbreitungsgrad von Mikrowellengeräten hat sich in den letzten fünf Jahren fast verdreifacht. Dies und der Anstieg des Ausstattungsgrades mit Gefriergeräten deutet auf veränderte Verbrauchsgewohnheiten hin. Fertiggerichte und tiefgefrorene Lebensmittel erhalten offensichtlich einen zunehmenden Anteil am Speiseplan der Familien. Gleichzeitig dürfte eine Verlagerung der Einnahme einer warmen Mahlzeit vom Arbeitsplatz in die häusliche Umgebung damit einhergehen. So ist der Ausstattungsgrad in Erwerbstätigenhaushalten mit 50,1 Prozent etwa doppelt so hoch wie in Haushalten von Nichterwerbstätigen mit 26,5 Prozent.

Der Gebrauch von Mikrowellengeräten steht ebenfalls in engem Zusammenhang mit der Haushaltsgröße. Anfang 1998 nutzte „nur“ jeder fünfte Einpersonenhaushalt, aber bereits jeder zweite Dreipersonenhaushalt und nahezu drei von vier Haushalten mit fünf und mehr Personen ein Mikrowellengerät zur Erleichterung der Hausarbeit und zur schnellen Zubereitung warmer Mahlzeiten.

Bei allen drei Gerätearten – Geschirrspülmaschine, Wäschetrockner, Mikrowellengerät – gibt es trotz der rasanten Verbreitung in Brandenburg, wie in allen übrigen neuen Ländern, gemessen am früheren Bundesgebiet, noch erhebliche Unterschiede. Eine vergleichsweise geringe Verbreitung in Brandenburger Haushalten haben bisher Bügelmaschinen erfahren. So lag der Ausstattungsgrad Anfang 1998 bei dieser Haushaltshilfe in Brandenburg mit 7,7 Prozent unter dem der neuen Länder einschließlich Berlin-Ost (9,1 Prozent) und war erheblich niedriger als im früheren Bundesgebiet (12,8 Prozent).

Unterhaltungselektronik weit verbreitet

Fernsehgeräte sind seit langem in fast jedem Haushalt vorhanden. Hier zeigt sich ein Trend zur Mehrfachausstattung. Fast in jedem zweiten Haushalt in Brandenburg steht mehr als ein Fernsehgerät, so dass es je 100 Haushalte 157 Geräte gibt. Damit ist Brandenburg Spitzenreiter unter allen Ländern.

Mehrfachausstattung auch beim Videorecorder

Videorecorder finden sich in knapp zwei Drittel (65,4 Prozent) der privaten Haushalte Brandenburgs. Der Ausstattungsgrad ist deutlich höher als er Anfang 1993 mit 44,1 Prozent war.

Ausstattung privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik im Januar 1998

Ausgewählte Geräte	Ausstattungsgrad			Ausstattungsbestand		
	je 100 Haushalte					
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschließlich Berlin-Ost	Land Brandenburg	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschließlich Berlin-Ost	Land Brandenburg
Fernsehgerät	95,4	97,8	99,0	139,4	143,2	157,4
Videorecorder	62,7	61,3	65,4	75,2	70,1	74,8
Videokamera/Camcorder	16,5	17,1	18,7	17,1	17,4	19,0
Fotoapparat	86,8	85,0	84,0	137,2	122,2	123,0
Radiorecorder/Stereorundfunkgerät	80,2	81,7	81,0	130,2	121,4	122,3
Hi-Fi-Anlage	69,9	55,9	60,9	88,8	67,0	73,9

In Haushalten von Erwerbstätigen (81,6 Prozent) gehört der Videorecorder, ähnlich wie das Fernsehgerät, schon fast zur Standardausstattung. In Rentnerhaushalten ist seine Verbreitung mit einem Anteil von 35,6 Prozent vergleichsweise niedrig.

Auch beim Videorecorder ist die Mehrfachausstattung insbesondere in Haushalten ab einer Größe von drei Personen schon keine Seltenheit mehr. Damit können individuelle Aufzeichnungswünsche innerhalb größerer Haushalte realisiert werden. So lag im Januar 1998 der Ausstattungsbestand in den Drei- und Vierpersonenhaushalten bei 105 bzw. 107 Geräten je 100 Haushalte. In Haushalten mit fünf und mehr Personen kamen auf 100 Haushalte sogar 121 Videorecorder.

Über **Kabelanschluss** verfügten in Brandenburg 67,2 Prozent der privaten Haushalte. Der Kabelanschluss ist in Brandenburg wie in den anderen neuen Ländern (Durchschnitt neue Länder einschließlich Berlin-Ost 64,4 Prozent) weiter verbreitet als im früheren Bundesgebiet (50,7 Prozent).

27,9 Prozent der Brandenburger Haushalte hatten zum Empfang von Rundfunk- und Fernsehprogrammen eine **Satellitenempfangsanlage** installiert.

Stark auf dem Vormarsch waren in den vergangenen fünf Jahren **Videokameras** bzw. **Camcorder**. Der Ausstattungsgrad hat sich mit 18,7 Prozent gegenüber 1993 mit 5,7 Prozent mehr als verdreifacht. Damit gehören die Brandenburger zu denen, die besonders gern bewegte Bilder selbst aufnehmen. Der Ausstattungsgrad lag bei diesen Filmgeräten im früheren Bundesgebiet bei 16,5 Prozent und in den neuen Ländern, einschließlich Berlin-Ost, bei 17,1 Prozent.

Der **Fotoapparat** gehört aber trotz-

dem auch weiterhin in der Mehrzahl der Haushalte zum unverzichtbaren Inventar. Abgesehen von Einpersonenhaushalten (Ausstattungsgrad 60 Prozent) gehört der Fotoapparat mit weit über 90 Prozent Verbreitung zur Grundausstattung eines Haushalts.

Mit **Radiorecordern** bzw. **Stereorundfunkgeräten** waren 81,0 Prozent der Haushalte in Brandenburg ausgestattet. Eine **Hi-Fi-Anlage** nannten 60,9 Prozent ihr Eigen. Während der Radiorecorder bzw. das Stereogerät relativ gleichmäßig in allen Haushaltsgrößen zu finden ist, steigt die Verbreitung von Hi-Fi-Anlagen mit zunehmender Haushaltsgröße an. Diese Feststellung trifft auch auf die Verbreitung von Videorecordern, Videokameras/Camcordern und Rundfunkgeräten zu.

Mit Fotoapparaten und Rundfunkgeräten sind viele Haushalte mehrfach ausgestattet. Aber auch bei Hi-Fi-Anlagen geht der Trend insbesondere bei größeren Haushalten zur Mehrfachausstattung.



Kommunikationstechnik immer wichtiger

Der wachsenden Bedeutung der Kommunikationstechnik trug die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit wesentlich detaillierteren Abfragen als 1993 Rechnung. Wurde 1993 noch pauschal nach der Ausstattung der Haushalte mit einem **Telefon** oder mit einem **Personalcomputer** (PC) gefragt, war 1998 die Fragestellung wesentlich differenzierter.

Die Frage nach dem Telefon wurde erweitert, so wurde nach dem

- stationären Telefon (auch schnurlos)
 - Mobiltelefon (auch Autotelefon)
 - Anrufbeantworter
 - Faxgerät (auch PC-Faxkarte)
 - Modem für Datenfernübertragung sowie
 - ISDN-Anschluß
- gefragt.

Die Angaben zum PC erfolgten differenziert nach

- PC mit CD-ROM Laufwerk,
- PC ohne CD-ROM-Laufwerk sowie
- Zugang zum Internet.

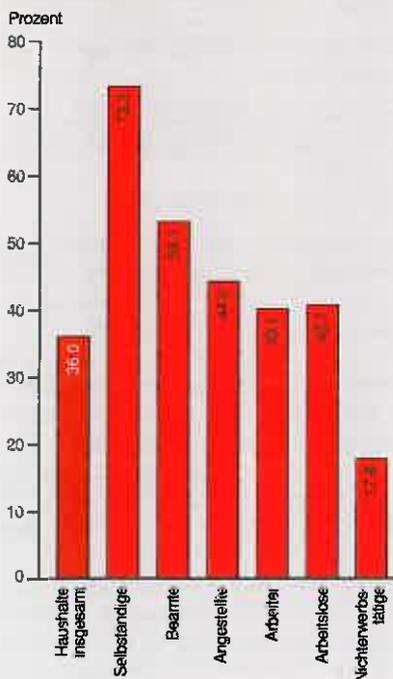
Ein Vergleich der Ausstattung der Haushalte mit Kommunikationstechnik mit dem Jahr 1993 ist deshalb nur sehr eingeschränkt möglich.

Die Anstrengungen zur Verbesserung der Telekommunikationstechnik in den neuen Ländern und Berlin-Ost haben auch in Brandenburg zu einem raschen Anwachsen des Ausstattungsgrades der Haushalte mit Telefonen geführt. Ein stationäres Telefon nutzten Anfang 1998 gut 97 Prozent (1993 = 63 Prozent) aller Haushalte in Brandenburg. Damit ist in Brandenburg das gleiche Niveau wie im früheren Bundesgebiet erreicht. Im Durchschnitt der neuen



Länder einschließlich Berlin-Ost lag der Ausstattungsgrad bei rund 94 Prozent (1993 = 49 Prozent). Mit Ausnahme der Einpersonenhaushalte (Ausstattungsgrad 93 Prozent) waren praktisch alle Haushalte im Land Brandenburg Anfang 1998 nach den Angaben der EVS mit einem stationären Telefon versorgt.

Ausstattungsgrad privater Haushalte insgesamt und nach der sozialen Stellung des/der Haupteinkommensbezieher/s/in mit Anrufbeantwortern in Brandenburg im Januar 1998



Mobiltelefon in Brandenburg überdurchschnittlich verbreitet

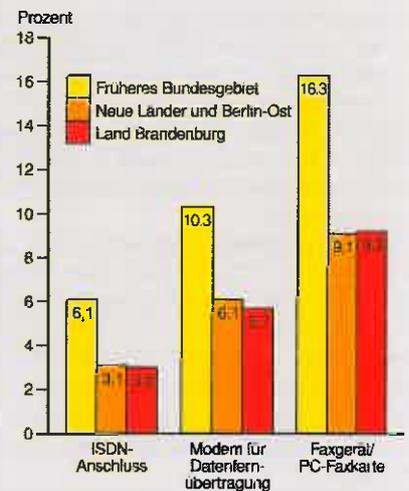
Ein Mobiltelefon nutzte bereits jeder achte Haushalt in Brandenburg. Auch beim Mobiltelefon ist die Ausstattung in Brandenburg (12,2 Prozent der Haushalte) höher als im Durchschnitt der neuen Länder einschließlich Berlin-Ost (10,8 Prozent), aber auch bereits höher als im früheren Bundesgebiet (11,4 Prozent). Mobiltelefone wurden erwartungsgemäß häufig in Haushalten von Selbständigen (jeder zweite Haushalt) und fast nicht in Rentnerhaushalten (etwa jeder dreißigste Haushalt) benutzt.

Das Vorhandensein eines **Anrufbeantworters** ermöglicht in 36,0 Prozent der Brandenburger Haushalte die Entgegennahme einer Nachricht auch bei eigener Abwesenheit (Schaubild 3). Einen Anrufbeantworter nutzten damit anteilig mehr Haushalte in Brandenburg als für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost (32,7 Prozent) für Anfang 1998 ermittelt wurden. Im früheren Bundesgebiet war die Nutzung von Anrufbeantwortern bei einem Ausstattungsgrad von 37,9 Prozent noch etwas weiter verbreitet.

Anrufbeantworter sind in Haushalten von Selbständigen am stärksten verbreitet.

Weitere Kommunikationstechnologien wie das **Faxgerät**, das **Modem für die Datenfernübertragung** und der **ISDN-Anschluß** hielten in den vergangenen Jahren nicht nur in der Arbeitswelt sondern auch in den Privathaushalten Einzug (Schaubild 4).

Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählter Kommunikationstechnik im Januar 1998



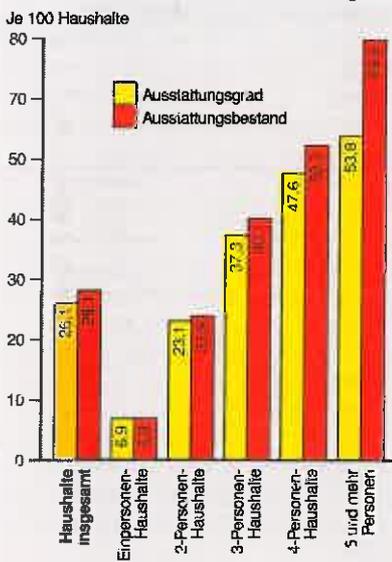
PC mit CD-ROM-Laufwerk in jedem vierten Haushalt

Die Benutzung von Personalcomputern (PC) auch in der Freizeit zur Bildung und Unterhaltung gehört mittlerweile in vielen Haushalten zum Alltag. Mindestens ein PC stand Anfang 1998 in jedem dritten brandenburgischen Privathaushalt. Im Vergleich zu 1993 hat sich der Ausstattungsgrad verdoppelt. Über einen PC mit CD-ROM-Laufwerk verfügten 26,1 Prozent und einen PC ohne CD-ROM-Laufwerk nutzten noch 9,7 Prozent der Haushalte in Brandenburg. Im früheren Bundesgebiet war der Aus-

stattungsgrad mit 30,1 Prozent (PC mit CD-ROM-Laufwerk) bzw. 12,7 Prozent (PC ohne CD-ROM-Laufwerk) noch immer höher. Im Durchschnitt der neuen Länder, einschließlich Berlin-Ost, verfügten 24,9 Prozent der Haushalte über einen PC mit CD-ROM-Laufwerk, 10,7 Prozent besaßen zwar einen PC konnten aber nicht auf ein CD-ROM-Laufwerk zurückgreifen.

In größeren Haushalten hat der PC einen höheren Stellenwert als in kleineren Haushalten (Schaubild 5). In Haushalten mit Kindern ist die Ausstattung doppelt so hoch wie in Haushalten ohne Kinder. In Haushalten mit drei und mehr Personen gewinnt die Mehrfachausstattung mit PC immer mehr an Bedeutung.

Ausstattung privater Haushalte mit PC mit CD-Rom-Laufwerk im Januar 1998 im Land Brandenburg



In Haushalten von Selbständigen und Arbeitnehmern (insbesondere von Beamten und Angestellten) sind PC überdurchschnittlich verbreitet, während Arbeitslose und vor allem aber Rentner weniger Zugang zum PC gefunden haben.

Anfang 1998 hatten 5,1 Prozent der Privathaushalte Brandenburgs Zugang zum **Internet** oder konnten **Online-Dienste** in Anspruch nehmen. Das entsprach dem Durchschnitt für die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost. Im früheren Bundesgebiet verfügten zum gleichen Zeitpunkt bereits 8,8 Prozent der Haushalte über die Voraussetzung zum Surfen im Internet bzw. zum Nutzen von Online-Diensten.

Marion Kresse

BUCH-TIP



Handbuch zur Verwaltungsreform

Hrsg. von Stephan von Bandemer, Bernhard Blanke, Frank Nullmeier, Göttrik Wewer. – Opladen : Leske + Budrich, 1998. – 387 S. ISBN 3-8100-1808-2 Preis: 58,00 DM

Dieses Buch hält, was der Titel verspricht. Wer sich mit Verwaltungsreformen in Deutschland beschäftigt, sollte dieses Buch in die Hand nehmen. In knappen, präzisen und gut lesbaren Beiträgen werden die Begriffe erklärt, die im Umfeld der Verwaltungsreform eine Rolle spielen. Konzepte und praktische Anwendungsfelder werden anschaulich dargestellt. Dadurch wird die Mühe erspart, die selben negativen Erfahrungen nochmals zu machen, die andere bereits gemacht haben. Das Buch ist übersichtlich gegliedert und eröffnet dem Leser die Möglichkeit, sich aus den einzelnen Kapiteln jeweils die Konzepte oder Begriffe herauszugreifen, die für die eigene Arbeit von Nutzen sein könn-

ten. Neben diesem Einstieg in Einzelbereiche gibt das Buch auch einen hervorragenden Überblick über den Gesamtprozess der Verwaltungsreform. In den Kapiteln des Handbuches (Staats- und Verwaltungsverständnis, Reform- und Managementkonzepte, Personalentwicklung, Organisationsentwicklung, Budgetentwicklung und ergebnisorientierte Steuerung) beginnen die Beiträge mit Begriffserklärungen und allgemeinen, auch wissenschaftlichen Erläuterungen zum Hintergrund und enden mit konkreten Konzepten und Entwicklungsperspektiven. Es gibt keine Patentrezepte für Verwaltungsreformen, dieses Buch bietet aber umfassende Anregungen und Ansätze.

Bernd Frank

1995 = Neues Basisjahr

Preisindex für die Lebenshaltung im Land Brandenburg

Mit Berichtsmonat Januar 1999 hat das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS) die Preisindices für die Lebenshaltung auf das für die amtliche Preisstatistik neue Basisjahr 1995 umgestellt. Bisher wurden sie auf der Basis 1991 = 100 berechnet und veröffentlicht.

Warum dies erforderlich war, was darunter zu verstehen ist und wie sich dies auf die Ergebnisse für das Land Brandenburg auswirkt, soll im folgenden dargestellt werden.

Preisindices für die Lebenshaltung in Kurzform

Preisindices für die Lebenshaltung messen die Preisveränderungen auf der Stufe des Privaten Verbrauchs als durchschnittliche Veränderung gegenüber einem Basiszeitraum. Sie sind somit ein Maßstab für alle Preisveränderungen, von denen private Haushalte unmittelbar betroffen sind. Aufgrund seiner großen Bedeutung wird der Preisindex für die Lebenshaltung daher oft als Maßstab für die allgemeine Inflation („Inflationsrate“) verwendet.

Um mit den Preisindices ein umfassendes Bild der Verbraucherpreisentwicklung vermitteln zu können, müssen die Verbrauchsgewohnheiten privater Haushalte umfassend und detailliert erfasst und den Berechnungen der Preisindices zugrunde gelegt werden. Dazu werden aus der Fülle des Güterangebots einige hundert Waren und Dienstleistungen mit dem Ziel, den Verbrauch der privaten Haushalte hinreichend genau zu repräsentieren, ausgewählt und in einem sogenannten Warenkorb zusammengestellt. Gegenwärtig

umfasst dieser Warenkorb 750 Güter.

Da der Einfluss der Preisveränderungen der einzelnen ausgewählten Güter auf die Preisentwicklung insgesamt von deren Ausgabenanteil am durchschnittlichen Budget der privaten Haushalte abhängt, werden diese gewichtet. Hierzu wird eine Verbrauchsstruktur auf der Grundlage der Ausgaben der privaten Haushalte für die Käufe von Waren und Dienstleistungen bestimmt. Diese Ausgaben der privaten Haushalte werden auf Stichprobenbasis in regelmäßigen Haushaltsbefragungen ermittelt. Die Gesamtheit der Gewichte bzw. Wägungsanteile bildet das Wägungsschema. Ausgehend vom noch bestehenden unterschiedlichen Ausgabenverhalten privater Haushalte im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern, einschl. Berlin-Ost, gibt es neben dem Wägungsschema für Deutschland insgesamt noch getrennte Wägungsschemata für Ost und West. Zur Berechnung der Preisindices für die Lebenshaltung im Land Brandenburg werden die in Brandenburg ermittelten Preisveränderungen mit den Wägungsanteilen des Wägungsschemas für die neuen Bundesländer gewichtet.

Der Indexberechnung im Land Brandenburg liegen neben dem Wägungsschema für die neuen Bundesländer rd. 26 500 Einzelpreise zugrunde, die in 15 Berichtsgemeinden bei repräsentativ ausgewählten Berichtsstellen zur Monatsmitte erhoben werden. Zum Monatsende werden die aktuellen Ergebnisse dann durch das LDS Brandenburg in Form einer Pressemitteilung veröffentlicht. Wenige Tage danach werden detaillierte Ergebnisse in einem „Statistischen Bericht“ zur Verfügung gestellt.

Notwendigkeit einer Umbasierung

Wie alle anderen in der amtlichen deutschen Preisstatistik berechneten Preisindices werden auch die Verbraucherpreisindices nach dem Laspeyres-Konzept berechnet. Das bedeutet, dass die für ein Basisjahr erfolgte Zusammensetzung des Warenkorbs und die Wägungsanteile bis zur Umstellung auf ein neues Basisjahr unverändert bleiben.

Da sich das Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte und das Güterangebot im Laufe der Zeit ändern, werden Warenkorb und Wägungsanteile entsprechend internationalen Empfehlungen in der Regel alle fünf Jahre an die veränderten Bedingungen angepasst und die Verbraucherpreisindices auf ein neues Basisjahr umgestellt. Das Basisjahr 1991 war diesbezüglich eine Ausnahme, da aufgrund der deutschen Vereinigung von diesem Turnus abgewichen wurde.

Die wichtigsten Veränderungen der Umstellung von 1991 auf 1995

Mit der Umstellung der Verbraucherpreisindices auf das neue Basisjahr wurden die preisstatistisch zu beobachtenden Waren und Dienstleistungen des Warenkorbs entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung bei privaten Haushalten aktualisiert und aktuelle Verbrauchsgewohnheiten durch neue Wägungsschemata in die Berechnung der Preisindices einbezogen.

Gleichzeitig erfolgten wie bei jeder Indexumstellung methodische und konzeptionelle Änderungen, die gegenwärtig vor allem im Hinblick auf

die Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes im Rahmen der Europäischen Union durchgeführt wurden. Hier wird in letzter Zeit eine Standardisierung des Abdeckungsbereiches bezüglich der zu erfassenden Waren und Dienstleistungen sowie der Methoden und Verfahren der Indexberechnung in großem Umfang vorgenommen. Die daraus resultierenden Vorgaben für den durch das Statistische Bundesamt zu berechnenden Harmonisierten Verbraucherpreisindex werden soweit wie möglich auch in den Preisindizes für die Lebenshaltung berücksichtigt.

Ausdehnung der Vorausberechnung auf ganz Deutschland

Da die Preisentwicklung in Ost- und Westdeutschland sich inzwischen relativ gleichförmig vollzieht, wird die Schätzung der aktuellen Preisentwicklung, die durch das Statistische Bundesamt jeweils um den 25. des laufenden Berichtsmonats erfolgt, auf ganz Deutschland abgestellt. Bisher bezog sie sich auf das frühere Bundesgebiet und stützte sich auf die Indexergebnisse aus den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Mit der Umstellung auf das neue Basisjahr kommen für die Schätzung die Ergebnisse der Länder Brandenburg und Sachsen hinzu, so dass die Vorausberechnung jetzt auf den Angaben aus sechs Bundesländern beruht.

Eine neue Klassifikation

Um internationale Inflationsvergleiche zu erleichtern, werden die Ergebnisse in einer neuen Untergliederung nachgewiesen. Grundlage der Ergebnisse auf der Basis 1991 = 100 war die Systematik der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, Ausgabe 1983 (SEA).

Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1995 erfolgt die Ergebnisdarstellung nach der international harmonisierten Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums (COICOP = Classification Of Individual Consumption by Purpose), die jetzt zwölf anstelle von bisher acht Hauptgruppen aufweist (s. Tabelle rechts).

Durch den Übergang auf die neue Klassifikation kommt es zu Veränderungen in der Zusammensetzung von Indexgruppen und Teilindizes gegenüber den bisherigen Veröffentlichungen.

Veränderungen im Warenkorb

Der Warenkorb des Basisjahres 1995 enthält ebenfalls etwa 750 Waren und Dienstleistungen.

Die Veränderungen in der Zusammensetzung des Warenkorbs 1995 im Vergleich zu 1991 sind nicht spektakulär und haben nur einen geringen Einfluss auf die Indexberechnungen. Bei den meisten Veränderungen wurden lediglich Gütereigenschaften in den Beschreibungen der zu beobachtenden Waren und Dienstleistungen aktualisiert.

Positionen, deren Verbrauchsbedeutung im Lauf der Zeit zurückging oder die kaum noch angeboten werden, wie z.B. verbleites Superbenzin oder die Leuchtstoffröhre, sind nicht mehr im Warenkorb enthalten.

Im Gegenzug wurde aktuellen Entwicklungen der Verbrauchsgewohnheiten und im Güterangebot Rechnung getragen und neue Güter, wie z.B. das Mobiltelefonieren, der Erwerb von Telefonendgeräten und Mikrofaserjacken in den Warenkorb neu aufgenommen.

Die Entwicklung im Gesundheitswesen wurde durch die Aufnahme neuer Positionen, z.B. Zuzahlungen für Zahnersatz und den Krankenhausaufenthalt, berücksichtigt. Bisher waren Eigenbeteiligungen nur bei den Medikamenten (Rezeptgebühren) Bestandteil der Indexbe-

rechnungen. Da gleichzeitig das Rechenverfahren verbessert wurde, gehen jetzt auch Veränderungen bei den Befreiungsabständen für solche Zuzahlungen, z.B. die Absenkung von Einkommensgrenzen, in den Index ein.

Beim Nachweis der Mietpreisveränderungen wird jetzt nach Nettokaltmieten und (kalten) Nebenkosten differenziert. Bisher orientierte sich die Erfassung der Mieten bei den Verbraucherpreisindizes an den Bruttokaltmieten, also den Mieten einschließlich der Nebenkosten (z.B. Gebühren für Müll, Wasser oder Abwasser) aber ohne die Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom und Gas, die unmittelbar für das Wohnen zu erbringen sind. Ein getrennter Nachweis der Entwicklung der Nettokaltmieten und (kalten) Nebenkosten war so nicht möglich.

Veränderung im Wägungsschema

Mit der Umstellung auf das neue Basisjahr werden der Indexberechnung die Verbrauchsstrukturen privater Haushalte des Jahres 1995 zugrunde gelegt.

Da sich diese zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost nach wie vor unterscheiden, gibt es auch weiterhin unterschiedliche Wä-

Gegenüberstellung der Ergebnisklassifikation für die Verbraucherpreisindizes auf Basis 1991 und 1995

Gliederung der Hauptgruppen nach	
SEA	COICOP
1 Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	01 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke
	02 Alkoholische Getränke, Tabakwaren
2 Bekleidung, Schuhe	03 Bekleidung und Schuhe
3 Wohnungsmieten, Energie	04 Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe
4 Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	05 Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung
5 Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	06 Gesundheitspflege
6 Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	07 Verkehr
	08 Nachrichtenübermittlung
7 Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit	09 Freizeit, Unterhaltung und Kultur
	10 Bildungswesen
8 Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	11 Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen
	12 Andere Waren und Dienstleistungen

gungsschemata für die verschiedenen Gebietsstände.

Da die Unterschiede sowohl der Verbrauchsgewohnheiten als auch der Preisentwicklungen zwischen den Gebietsständen Ost und West an Bedeutung verlieren, wird es nach der Umstellung auf das Basisjahr 2000, die für das Jahr 2003 vorgesehen ist, keine unterschiedlichen Wägungsschemata mehr geben.

Die für die Erstellung der Wägungsschemata des Basisjahres 1995 notwendigen Informationen wurden in erster Linie aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 und der monatlich durchgeführten Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte gewonnen.

Die Verbrauchsstrukturen privater Haushalte des Jahres 1995 haben insbesondere in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu deutlichen Verschiebungen bei den Gewichten, mit denen die Preisentwicklung einzelner Güter in die Gesamtindices eingeht, geführt. Diese Veränderungen können sowohl durch veränderte Angebote als durch veränderte Nachfragen bedingt sein.

Ein Vergleich der Wägungsschemata 1991 und 1995 zeigt, dass insbesondere die Preisveränderungen im Bereich Wohnen mit einem stärkeren Gewicht im Preisindex für die neuen Länder berücksichtigt werden. Hier hat sich der Wägungsanteil fast verdoppelt. Stärker gewichtet wurden auch die Aufwendungen für andere Waren und Dienstleistungen, Freizeit, Unterhaltung und Kultur, die Nachrichtenübermittlung und die Gesundheitspflege.

Bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken dagegen hat sich der Wägungsanteil um gut ein Viertel verringert. Weniger Bedeutung wurde auch den Aufwendungen für Verkehr, alkoholische Getränke und Tabakwaren, Bekleidung und Schuhe, Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen beigemessen.

Ergebnisse für das Land Brandenburg

Im Rahmen der Umstellung auf ein neues Basisjahr werden die Indexzahlen zurück bis zu dem Beginn des neuen Basisjahres, d.h. bis Januar 1995, neu berechnet. Diese neu berechneten Angaben ersetzen die für diesen Zeitraum bisher veröffentlichten Werte auf der Basis 1991=100. Insbesondere durch die Berücksichtigung der veränderten Verbrauchs-

Wägungsschemata für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Gebietsständen

1995 = 100			
Hauptgruppe nach COICOP	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
%			
Gesamtlebenshaltung	1 000,00	1 000,00	1 000,00
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	131,26	127,05	147,06
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	41,67	40,39	48,99
Bekleidung und Schuhe	68,76	67,72	69,98
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	274,77	287,02	243,07
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	70,56	66,48	84,68
Gesundheitspflege	34,39	36,36	18,79
Verkehr	138,82	136,58	144,73
Nachrichtenübermittlung	22,66	22,87	22,08
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,57	100,64	111,33
Bildungswesen	6,51	6,00	8,57
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	46,08	48,75	41,14
Andere Waren und Dienstleistungen	60,95	60,14	59,58

Vergleich der Wägungsschemata für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

Neue Länder und Berlin-Ost			
Hauptgruppen nach COICOP	Gewicht 1991	Gewicht 1995	Abweichung 1995 zu 1991
Gesamtlebenshaltung	1 000,00	1 000,00	x
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	206,08	147,06	- 59,02
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	69,45	48,99	- 20,46
Bekleidung und Schuhe	89,48	69,98	- 19,50
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	125,52	243,07	+ 117,55
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	89,31	84,68	- 4,63
Gesundheitspflege	11,92	18,79	+ 6,87
Verkehr	192,15	144,73	- 47,42
Nachrichtenübermittlung	11,94	22,08	+ 10,14
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	99,10	111,33	+ 12,23
Bildungswesen	4,71	8,57	+ 3,86
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	58,24	41,14	- 17,10
Andere Waren und Dienstleistungen	42,10	59,58	+ 17,48

gewohnheiten privater Haushalte treten gegenüber den auf der Basis 1991 = 100 ermittelten Indices und Teuerungsraten Abweichungen auf. Private Haushalte reagieren auf Preisveränderungen und ändern ihr Ausgabenverhalten dementsprechend. Soweit es möglich ist, versuchen sie bei Preissteigerungen preisgünstigere Güter zu erwerben. Diesem Substitutionseffekt kommt aber nur begrenzte Bedeutung zu, da ähn-

liche Güter meist auch ähnlichen Preisveränderungen unterliegen. Auch die methodischen und konzeptionellen Änderungen wirken sich auf die Ergebnisse aus. Zu Analyse-zwecken werden daher die neu berechneten Ergebnisse den auf alter Basis berechneten Ergebnissen gegenübergestellt. Ziel einer Gegenüberstellung der Ergebnisse ist es, mögliche Fehlinterpretationen zu vermeiden und Infor-

mationen darüber zu erhalten, inwiefern die auf der neuen Basis berechneten Preisindices auf den veränderten Verbrauchsgewohnheiten, auf methodischen und konzeptionellen Änderungen oder anderen Ursachen beruhen.

Nach Angaben des LDS hat sich die vorgenommene Umstellung der Verbraucherpreisindices auf das Basisjahr 1995 preisdämpfend ausgewirkt. Zu Beginn des Jahres 1999 waren merkliche Preisrückgänge bei Preisen für Medikamente, ambulante Gesundheitsdienstleistungen, Fernsprechgebühren und Pauschalreisen zu verzeichnen. Dadurch wurden die Preiserhöhungen bei Obst, Gemüse, Kaffee und Wohnungsnebenkosten kompensiert.

Die Entwicklung im Februar 1999 gegenüber Januar 1999 war durch Preiserhöhungen bei Pauschalreisen, Miete für Ferienwohnungen, Lehrgangsgebühren für die Volkshochschule und Wohnungsnebenkosten sowie Preissenkungen bei Fernsprechgebühren, Heizöl und festen Brennstoffen gekennzeichnet.

Im März 1999 verharrte die Preisentwicklung auf dem Vormonatsstand. Preiserhöhungen bei alkoholischen Getränken (Bier), Damen- und Herrenbekleidung sowie Kraftstoffen, Heizöl, Telekommunikations- und Versicherungsdienstleistungen wurden durch Preisrückgänge bei Nahrungsmitteln (Fleisch, Fleischwaren, Frischfleisch, Molkereiprodukte, Eier, Gemüse, Kaffee) und Pauschalreisen ausgeglichen.

Der Vorjahresvergleich der ersten drei Monate des Jahres 1999 zeigte für den Verbraucher trotz eines leichten Anstiegs des Index im März eine günstige Entwicklung. Billiger als im Vorjahr waren vor allem Nahrungsmittel, Güter für die Gesundheitspflege und Nachrichtenübermittlung, deren Preise die Preissteigerungen in anderen Hauptgruppen dämpften.

Elke Zimmer

Bedingt durch die Einbeziehung Brandenburgs in die Vorausberechnungen des Preisindex für die Lebenshaltung für Deutschland insgesamt, werden Ergebnisse für das Land Brandenburg jetzt ebenfalls in der Regel bereits zum 25. des laufenden Monats in Form der Pressemitteilung durch das LDS BB veröffentlicht und im Internet bereitgestellt.

Gegenüberstellung der jährlichen Teuerungsraten im Land Brandenburg auf Basis 1991 und 1995

Jahr Monat	Preisindex für die Lebenshaltung		
	1991 = 100	1995 = 100	Revisionsbedingte Differenz
	Veränderungen zum Vorjahresmonat		
	Prozent		Prozentpunkte
1996 Januar	+ 2,8	+ 1,8	- 1,0
Februar	+ 2,6	+ 1,6	- 1,0
März	+ 2,8	+ 1,8	- 1,0
April	+ 2,6	+ 1,6	- 1,0
Mai	+ 2,6	+ 1,8	- 0,8
Juni	+ 2,5	+ 1,7	- 0,8
Juli	+ 2,9	+ 1,8	- 1,1
August	+ 1,7	+ 1,2	- 0,5
September	+ 1,5	+ 1,1	- 0,4
Oktober	+ 1,2	+ 0,7	- 0,5
November	+ 1,3	+ 0,9	- 0,4
Dezember	+ 1,2	+ 1,0	- 0,2
1997 Januar	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,3
Februar	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,2
März	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,3
April	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,2
Mai	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,3
Juni	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,1
Juli	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,4
August	+ 2,0	+ 2,3	+ 0,3
September	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,2
Oktober	+ 2,2	+ 2,6	+ 0,4
November	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,5
Dezember	+ 1,9	+ 2,2	+ 0,3
1998 Januar	+ 1,5	+ 1,3	- 0,2
Februar	+ 1,4	+ 1,3	- 0,1
März	+ 1,2	+ 1,1	- 0,1
April	+ 1,4	+ 1,2	- 0,2
Mai	+ 1,4	+ 1,2	- 0,2
Juni	+ 1,4	+ 1,3	- 0,1
Juli	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2
August	+ 0,6	+ 0,4	- 0,2
September	+ 0,5	+ 0,2	- 0,3
Oktober	+ 0,4	+ 0,1	- 0,3
November	+ 0,6	- 0,4	- 0,3
Dezember	+ 0,4	-	- 0,4

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Land Brandenburg nach Hauptgruppen

Hauptgruppen nach COICOP	1995 = 100					
	Veränderung					
	gegenüber dem Vormonat			gegenüber dem Vorjahresmonat		
	Jan. 1999	Febr. 1999	März 1999	Jan. 1999	Febr. 1999	März 1999
in Prozent						
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	- 1,1	- 1,0	- 0,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,4	-	+ 0,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2
Bekleidung und Schuhe	- 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	-
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 0,5	- 0,1	-	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	- 0,1	-	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	+ 0,2
Gesundheitspflege	- 8,4	-	-	- 8,4	- 8,4	- 8,4
Verkehr	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2
Nachrichtenübermittlung	- 6,6	- 0,6	+ 1,1	- 8,5	- 9,1	- 7,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	- 0,4	+ 1,9	- 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2
Bildungswesen	-	+ 2,3	-	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	+ 0,1	+ 0,6	-	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,0
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,2	-	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,2

Aktuelle Publikationen des LDS Brandenburg

Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2015

Teil 1: 18,50 DM, Teil 2: 6,00 DM, Diskette: 48,50 DM bzw. 36,00 DM

Wie viele Brandenburger werden wir 2015 sein?

Diese Frage beantwortet die **zweiteilige Bevölkerungsprognose**, die das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg gemeinsam mit dem Landesumweltamt erarbeitete.

Der Prognosezeitraum umfasst die Jahre 1998 bis 2015 und basiert auf den Ergebnissen von 1997.

Der **Teil 1** beinhaltet für jedes Jahr (1998 bis 2015) sowohl für das Land Brandenburg als auch für die kreisfreien Städte und Landkreise sowie den Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes ausgewählte Altersgruppen und Kennziffern ihrer Entwicklung.

Im **Teil 2** werden die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung für 42 ausgewählte Städte dargestellt. Die Auswahl erfolgte unter Berücksichtigung der im Landesentwicklungsplan festgelegten zentralen Orte.

Aus dem Inhalt:

- **drastische Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung im Land Brandenburg im Prognosezeitraum**
- **deutlicher Trend zur Überalterung der Brandenburger Bevölkerung (Rückgang der Kinderzahl um ein Fünftel und gleichzeitige Zunahme der Personenzahl im Seniorenalter)**
- **erhebliche strukturelle Verschiebungen in den Personengruppen „Senioren“ (Zunahme um 50 Prozent bis zum Jahr 2015) und in der Altersgruppe der 15- bis unter 65-jährigen Personen, die sich bis 2015 nur geringfügig verringert.**

Bevölkerungszahlen der Gemeinden des Landes Brandenburg

Broschüre: 7,50 DM, Diskette: 37,50 DM

Die Veröffentlichung enthält die Bevölkerungsdaten zum Gebietsstand 31.12.1998 nach den vier kreisfreien Städten und den vierzehn Landkreisen. Die Bevölkerungszahl der 66 amtsfreien und 1423 amtsangehörigen Gemeinden ist nach den 14 Landkreisen Brandenburgs geordnet. Zu jedem Landkreis erscheinen außerdem die Summen der jeweiligen kreisangehörigen Ämter und die Gesamtsumme der Ämter und amtsfreien Gemeinden.

Weiterhin sind Angaben der fünf Planungsregionen des Landes Brandenburg und des engeren Verflechtungsraumes Berlin-Brandenburg enthalten.

Gemeinden, die infolge der Gemeindegebietsveränderung im Jahr 1998 eingegliedert bzw. zusammengeschlossen wurden, sind nicht mehr enthalten. Bestandteil der Veröffentlichung sind nur noch die Gemeinden, die zum 31.12.1998 selbständig waren. Diese Gemeinden sind anzahlmäßig in der Übersicht zur Verwaltungsgliederung des Landes Brandenburg – wiederum geordnet nach kreisfreien Städten und Landkreisen und dem engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg (Verwaltungsbezirke) – ausgewiesen.

Aus dieser Übersicht kann der Betrachter außerdem ersehen, wie viele Städte und Gemeinden es in den Landkreisen, im engeren Verflechtungsraum Berlin-

Brandenburg und im Land Brandenburg gibt, wie viele amtsfrei bzw. amtsangehörig sind und wie viele Ämter es in den einzelnen Verwaltungsbezirken sind.

Aktualisiertes Schulverzeichnis der allgemein bildenden Schulen

Broschüre: 23,00 DM, Diskette: 53,00 DM

Das aktualisierte Schulverzeichnis der allgemein bildenden Schulen stützt sich im Wesentlichen auf die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg geführte Schuldatei.

Das Verzeichnis enthält neben den Namen und Anschriften der Schulen auch die Telefon- und Fax-Nummern, die Namen der Schulleiterinnen und Schulleiter, die Rechtsform der Schule sowie Angaben über die Zahl der Schüler in jeder Schule.

Für einzelne Schulen wurden die vorhandene Internet- und E-Mail-Adresse aufgenommen.

Schulverzeichnis der beruflichen Schulen

Broschüre: 8,00 DM, Diskette: 37,00 DM

Das Verzeichnis – auf der Basis des Schuljahres 1998/99 – enthält neben den Namen und Anschriften der 29 Oberstufenzentren, der 13 beruflichen Schulen in freier Trägerschaft sowie der drei eigenständigen Fachschulen auch die Telefon- und Telefax-Nummern, wenn vorhanden, die E-Mail- und Internet-Adressen sowie die Namen der Schulleiterinnen und Schulleiter.

Im Anhang sind die Anschriften und Telefonnummern der staatlichen Schulämter und der Schulräte für berufliche Bildung verzeichnet.

Außerdem werden Schülerzahlen für das laufende Schuljahr ausgewiesen. Für Oberstufenzentren sind zusätzlich die Abteilungen, die Standorte und die eingereichten Bildungsgänge aufgeführt.

Das Verzeichnis gibt weiterhin einen Überblick über die an Berufsschulen und Berufsfachschulen beschulten Berufe, über Fachrichtungen an Fachoberschulen und Fachschulen sowie über Schwerpunkte der gymnasialen Oberstufe.

Besonders gekennzeichnet sind Berufe für die Berufsausbildung Behinderter. Die Berufe/Fachrichtungen/Schwerpunkte sind je Bildungsgang alphabetisch sortiert und jeweils dem ausbildenden Oberstufenzentrum bzw. der beruflichen Schule in freier Trägerschaft zugeordnet.

Aktuelles Veröffentlichungsverzeichnis

– *kostenlos* –

Für alle Interessenten statistischer Datensammlungen und Berichte gibt das aktualisierte Veröffentlichungsverzeichnis einen Überblick aller Publikationen des LDS Brandenburg.

Alle Publikationen können beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Dezernat Öffentlichkeitsarbeit, Telefax-Nr 0331-39418, bestellt werden.